

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
14. August 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wibelmsböde,
Post Begeckel bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Marokko. Von N. Lützenburg. — Zur Frauenkonferenz. Von Luise Zieg. —
Arbeitszeit und Löhne amerikanischer Arbeiterinnen. Von Fritz Kummer.
— Einkommen und Miete; Wohnungsgröße und Miete. Von E. L. —
Vier Jahre Frauenleseabende. Von Kurt Heinig. — Heraus mit dem
Frauenwahlrecht!
Aus der Bewegung: Von den Organisationen: Hamburger Frauenbildungs-
abende. — Jahresbericht über die proletarische Frauenbewegung in Stettin.
— Jahresbericht der Münchener Genossinnen. — Hannah Lewin-Dorsch †
Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. —
Die Lohnbewegung in der Berliner Album-, Rappen- und Galanterie-
warenindustrie. — Nachwehen des Streiks in der Vieleselder Wäsche-
industrie. Von a. sch. — Gewerkschaftliche Kämpfe in Braunschweig. Von
Jda Rauhe. — Beschlüsse des Dresdener Gewerkschaftskongresses betreffend
Arbeiterinnenorganisation und Arbeiterinnenrechte.
Notizen: Dienstreuefrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. —
Fürsorge für Mutter und Kind. — Strafrecht. — Frauenbewegung. —
Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes

Marokko.

Eine imperialistische Gewitterwolke ist in der kapitalistischen Welt aufgezogen. Vier Großmächte Europas — Frankreich, Deutschland, England und Spanien — sind unmittelbar in einen Handel verwickelt, in dem es zunächst um die Schicksale Marokkos, in weiterer Folge um mehrere große Gebiete des „schwarzen Erdteils“ geht, die als „Kompensationen“ hin und her erwogen werden. Jeder Tag bringt neue Drahtmeldungen über den Stand des Handels, und mit ihnen gehen die Hoffnungen und die Befürchtungen in jähen Sprüngen auf und ab. Wird aus der neuen Gewitterwolke der Blitz eines mörderischen Krieges auf zwei Weltteile herniederzucken, oder wird sich das drohende Ungewitter verziehen, so daß das Ende „bloß“ der „friedliche“ Schacher ist, der einige Fesseln der Welt aus einer gepanzerten Faust des europäischen Militarismus in eine andere überträgt? Das ist die Frage, die jetzt Millionen Menschen bewegt. Und um eine Antwort auf diese Frage zu finden, richten sich alle Blicke mit banger Erwartung auf die verschlossene Tür eines Zimmers, in dem zwei „Staatsmänner“ miteinander konferieren: der französische Botschafter Cambon und der deutsche Staatssekretär Kiderlen-Wächter. In der ganzen weiten Welt gibt es keinen Menschen, für den es ein Geheimnis wäre, daß den beiden „Staatsmännern“ auch der beste Freund keine besonderen geistigen Bauberkräfte nachrühmen könnte, ja daß sie einfach armselige Hampelmänner sind, deren pappene Arme und Köpfe durch einen Windsaden automatisch bewegt werden, dessen Enden hier wie dort die Hände einiger großkapitalistischen Cliquen halten. Krieg oder Frieden, Marokko für Kongo oder Togo für Tahiti, das sind Fragen, bei denen Leben oder Tod für Tausende, das Wohl und Wehe ganzer Völker auf dem Spiele steht. Um diese Fragen läßt ein Duzend raffgieriger Industriekitter seine politischen Kommissen und erwägen, wie in der Markthalle um Hammelfleisch und Zwiebeln geseilt wird, und die Kulturvölker warten in banger Unruhe wie zur Schlachtbank geführte Hammelherden auf die Entscheidung. Es ist dies ein Bild von so empörender

Brutalität und plumper Niedertracht, daß es mit tiefem Grimm jeden erfüllen müßte, der nicht an dem Schacher direkt interessiert ist. Doch die moralische Entrüstung ist nicht der Maßstab und die Waffe, mit denen man Erscheinungen von der Art der kapitalistischen Weltpolitik beikommen kann. Für das klassenbewußte Proletariat handelt es sich vor allem darum, den Marokkohandel in seiner symptomatischen Bedeutung zu begreifen, ihn in seinen umfassenden Zusammenhängen und Konsequenzen zu würdigen. An Lehren aber für die politische Aufklärung des Proletariats ist das neueste weltpolitische Abenteuer reich.

Die Marokkokrise ist vor allem eine unbarmherzige Satire auf die vor wenigen Monaten von den kapitalistischen Staaten und ihrem Bürgertum aufgeführte Abrüstungsfarce. In England und in Frankreich sprachen Staatsmänner und Parlamente in volltönenden Phrasen erst im Januar von der Notwendigkeit, die Ausgaben für Mordwerkzeuge einzuschränken, den barbarischen Krieg durch die zivilisierteren Formen des schiedsgerichtlichen Verfahrens zu ersetzen. In Deutschland stimmte der freisinnige Chor enthusiastisch in die Klänge dieser Friedensschalmeien ein. Heute erhitzen sich dieselben Staatsmänner und dieselben Parlamente für ein kolonialpolitisches Abenteuer, das die Völker dicht an den Rand des Abgrundes eines Weltkrieges bringt, und der freisinnige Chor in Deutschland begeistert sich ebenso für dieses kriegschwängere Abenteuer wie früher für die Friedensdellamationen. Dieser plötzliche Szenenwechsel zeigt wieder einmal, daß Abrüstungsvorschläge und Friedenskundgebungen der kapitalistischen Welt nichts anderes sind und sein können als gemalte Kulissen, die zuweilen in den Kram der politischen Komödie passen mögen, die aber zynisch auf die Seite geschoben werden, wenn das Geschäft ernst wird. Von dieser kapitalistischen Gesellschaft irgendwelche Friedensstendenzen erhoffen und im Ernst auf sie bauen, wäre für das Proletariat die törichteste Selbsttäuschung, der es anheimfallen könnte.

Ferner kommt bei der Marokkofrage wieder deutlich der innige Zusammenhang der Weltpolitik mit den inneren politischen Zuständen der Staaten zum Ausdruck. Das Marokkoabenteuer, das Deutschland um ein Haar in einen blutigen Krieg stürzen kann und dessen Schlussergebnis auf jeden Fall die auswärtige Lage und den Kolonialbesitz Deutschlands stark verändern wird, fällt, genau wie vor elf Jahren der Chinafeldzug und später die Algerias-Affäre, in die Zeit der parlamentarischen Ferien. Die oberste gewählte Vertretung des deutschen Volkes, der Reichstag, ist ganz ausgeschaltet von den wichtigsten und folgenschwersten Ereignissen und Entscheidungen.

Das persönliche Regiment allein mit seinen Handlangern — selbst bloß ein unverantwortliches Werkzeug in den Händen unverantwortlicher Cliquen — schaltet und waltet mit den Schicksalen von 64 Millionen Deutschen, wie wenn Deutschland eine orientalische Despotie wäre. Die Kaiserreden von Königsberg und Marienburg sind Fleisch geworden: Das Instrument des Himmels spielt in seiner eigenen Selbstherrlichkeit oder wird vielmehr hinter dem Rücken des Volkes von ein paar beutehungrigen

kapitalistischen Cliquen gespielt. Der Monarchismus und seine Hauptstütze, das kriegsbegehende konservative Junkertum, sind vornehmste Schuldige bei dem Marokkoabenteuer.

Nicht minder kommt aber in dem dreisten Eingreifen der deutschen Diplomatie in den marokkanischen Handel die treibende Kraft der wahnwichtigen militaristischen und marinistischen Rüstungen zum Durchbruch. Es ist nichts anderes, als das brutale Pochen auf die seit Jahrzehnten angehäuften Kanonen und Panzerschiffe, die angeblich als Schutzwehr des Friedens notwendig waren, was jetzt die Lenker der deutschen auswärtigen Politik so wagemutig und kriegslustig macht. Diesen „Panthersprung“ der Weltpolitik, der in seiner weiteren Folge für das deutsche Volk vielleicht von den allerverhängnisvollsten Konsequenzen sein wird, verdanken wir vor allem jenen bürgerlichen Parteien, die durch ihre Unterstützung der unaufhörlichen Rüstungen den deutschen Imperialismus direkt großgepöppelt haben. Allen voran marschiert mit diesem blutigen Mal an der Stirne die scheinheilige Zentrumspartei, die 1900 die denkwürdige Verdoppelung der deutschen Schlachtflotte benutzt hat, um sich als Regierungspartei in den Sattel zu schwingen. Nicht minder fällt aber die Verantwortlichkeit auf den jämmerlichen Liberalismus, dessen stufenweiser politischer Verfall seit einem Vierteljahrhundert unmittelbar an den einzelnen großen Militärvorlagen gemessen werden kann. Das gänzliche Versagen angesichts des vorwärtsstürmenden Militarismus, der die Demokratie, den Parlamentarismus, die soziale Reform mit Füßen tritt und zermalmt, ist das letzte klägliche Ende des bürgerlichen Liberalismus.

Doch gerade weil der jüngste weltpolitische Kurs mitsamt seinem gegenwärtigen Abenteuer nur ein logischer Ausfluß der inneren wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der bürgerlichen Klassengesellschaft ist, so hat er, wie diese ganze Entwicklung selbst, eine revolutionäre Rehrseite, die über den unmittelbaren Jammer und das Verächtliche seines momentanen Treibens hinausführt. Der historische Sinn des Marokkokonflikts, auf seinen einfachsten und größten Ausdruck zurückgeführt, ist der Konkurrenzkampf darum, welcher von den Vertretern des europäischen Kapitalismus sich zuerst auf die nordwestliche Ecke des afrikanischen Kontinents stürzen darf, um sie kapitalistisch zu verschlingen —, was der Sinn jedes Bruchstücks der weltpolitischen Entwicklung ist. Doch die Nemesis des Kapitalismus will, daß je mehr er von der Welt schluckt, um sein Leben zu fristen, um so mehr untergräbt er seine Lebenswurzel selbst. In demselben Augenblick, wo er sich anschickt, in die primitiven Verhältnisse der weltabgeschiedenen Hirtenstämme und Fischerdörfer Marokkos kapitalistische „Ordnung“ einzuführen, tracht bereits die von ihm geschaffene Ordnung an allen Ecken und Enden anderer Weltteile, und die Flammen der Revolution leuchten lichterloh auf in der Türkei, in Persien, in Mexiko, in Haiti, sie lecken still am Staatsgebäude in Portugal, in Spanien, in Rußland. Überall Anarchie, überall rebellieren die Lebensinteressen der Völker, die Mächte des Fortschritts und der Entwicklung gegen das lodernde Pfuschwerk der kapitalistischen Ordnung. Und so wird auch der jüngste Feldzug des Kapitals zu neuen Eroberungen nur ein Zug in jenes Feld sein, in dem das Kapital selbst vom Tode ereilt wird. Das Marokkoabenteuer wird, wie jeder weltpolitische Vorstoß, letzten Endes nur ein Schritt zur Beschleunigung des kapitalistischen Zusammenbruchs sein.

Das Klassenbewußte Proletariat ist nicht berufen, in diesem Prozeß der Schlußentwicklung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung bloß den passiven Beobachter zu spielen. Das bewußte Erfassen des inneren Sinnes der Weltpolitik und ihrer Konsequenzen ist bei der Arbeiterklasse nicht abstraktes Philosophieren, sondern die geistige Grundlage einer tatkräftigen Politik. Und die moralische Entrüstung der Massen ist zwar an sich keine Waffe gegen die verbrecherische Wirtschaft des Kapitalismus, sie ist aber, wie Friedrich Engels sagt, ein wichtiges Symptom, daß die herrschende Gesellschaft mit den Rechtsempfindungen und den Interessen der Volksmassen bereits in Widerspruch geraten ist. Diesen Widerspruch so deutlich wie möglich zum

Ausdruck zu bringen, ist jetzt Pflicht und Aufgabe der Sozialdemokratie. Nicht bloß die organisierte Vorhut des Proletariats, sondern die breitesten Schichten des arbeitenden Volkes müssen zu einem Proteststurm gegen den neuen Vorstoß der kapitalistischen Weltpolitik aufgepeitscht werden. Das einzige wirksame Mittel, um die Verbrechen des Krieges und der Kolonialpolitik zu bekämpfen, ist die geistige Reife und der entschlossene Wille der Arbeiterklasse, einen durch ruchlose Kapitalinteressen angezettelten Weltkrieg in eine Rebellion der Ausgebeuteten und Beherrschten zur Verwirklichung des Weltfriedens und der sozialistischen Völkerverbrüderung zu verwandeln. A. Luxemburg.

Zur Frauenkonferenz.

In einer politisch sehr bedeutsamen Zeit tritt in diesem Jahre das Arbeiterparlament, der Parteitag, und tritt zwei Tage zuvor die sechste Frauenkonferenz zusammen. Das deutsche Volk seufzt und murren mehr denn je unter dem schier unerträglichen Drucke der Steuern und Zölle. Unbekümmert um diese Tatsache geht das Volk zu Wasser und zu Lande weiter. Die wichtigsten Kulturforderungen bleiben in der Folge unerfüllt, und der Imperialismus erhält die Kriegsgefahr in Permanenz und rückt sie in bedrohliche Nähe. Hat er doch in dem wieder akut gewordenen Marokkokonflikt eine seiner giftigen Blüten entfaltet. Der nach den Bodenschätzen Marokkos lüstern Kapitalistenklingel schiebt sich den Teufel darum, wieviel Opfer an Gut und Blut ein Weltkrieg fordern würde, sientemalen ihm der Krieg und die erweiterte Kolonialpolitik eine lustig sprudelnde Quelle neuen Profits ist. Um die zunehmende Opposition des Proletariats gegen die vollschädigende, verbrecherische Politik der herrschenden Klassen mundtot zu machen, vorenthält man den wecktätigen Massen nicht nur das Wahlrecht zum Parlament des mächtigsten Bundesstaates, sondern die Vertreter der Schwerindustrie im Bunde mit dem Junkertum schreien unablässig nach Knebelungsgesetzen für die arbeitenden Schichten. Und zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse ist die Reichsversicherungsgesetzgebung gestaltet worden, die ein großzügiges Gesetz sozialer Fürsorge hätte sein sollen. Mit brennender Ungeduld sieht deshalb die Arbeiterklasse dem näher und näher rückenden Termin der Reichstagswahlen entgegen, dem großen Tage des Gerichtes, an dem sie unerbittlich und gründlich Abrechnung zu halten gedenkt mit ihren Peinigern.

Es ist selbstverständlich, daß die Frauenkonferenz vollständig unter dem Eindruck dieser politischen Situation, dieser ganzen Summe aufreizender politischer Tatsachen stehen wird. Sie wird deshalb eine Fülle von Anregungen geben, ein reiches Maß politischer Energie auslösen und Begeisterung entfachen, kurz, sie wird gleichsam ein Fanfarenruf für das weibliche Proletariat sein. Wir sind mithin auch der Überzeugung, daß ganz allgemein Befriedigung darüber vorhanden ist, daß unsere Konferenz in diesem Jahre tagt und nicht schon früher stattgefunden hat. Doch nicht nur aus politischen und agitatorischen, sondern auch aus organisatorischen Gründen wird der Termin der Konferenz allgemeine Zustimmung finden. Unsere Genossinnen haben sich fast überall in den Rahmen der Organisation gut eingefügt. Ein gutes, harmonisches Hand in Hand arbeiten mit den Genossen wird durchgehend gemeldet. Wir werden uns also neben den Fragen der zukünftigen Agitation (Reichstagswahl, Gemeindepolitik, Frauentag) eingehend mit der Frage zu befassen haben: Wie kann die Mitarbeit der Frauen in der Organisation befestigt und erweitert, wie kann die theoretische Schulung der Genossinnen planmäßiger und gründlicher betrieben werden?

Erweitert werden sollte die Tätigkeit der weiblichen Parteimitglieder bei allen Arbeiten in der Organisation. Das ist um so notwendiger, weil sich damit, ihre agitatorische Wirksamkeit eingerechnet, die politische Aktivität der Genossinnen erschöpft.

Just weil den Frauen das wichtige Mittel politischer Sammlung und Schulung fehlt: das Wahlrecht, sollte ihnen ein um

so weiteres Gebiet politischer Tätigkeit in der Organisation gegeben werden. „Stellt uns Aufgaben, und ihr werdet sehen, daß wir uns bemühen, sie bestens zu lösen,“ erklärte kürzlich treffend eine Genossin auf einer Bezirkskonferenz. Das Gefühl inniger Zugehörigkeit, des „Verwachsenenseins“ mit der Organisation wird nur der bekommen, der in ihr und für sie schafft. Nur so wird auch die politische Sicherheit des Urteils und Handelns erreicht, die für den Erfolg politischer Betätigung unerlässlich ist. Arbeitend muß diese Sicherheit erworben werden, nicht durch Passivität, nicht durch Zuschauen wird sie gewonnen.

Neben den rein organisatorischen Arbeiten gilt es, das Wirken der Kinderschulungskommissionen auszubauen. Das gesammelte Material muß örtlich der Agitation nutzbar gemacht werden, in der Presse sowohl wie in Versammlungen. Damit wird die Unzulänglichkeit des bestehenden Kinderschutzes in der breitesten Öffentlichkeit erwiesen, das öffentliche Gewissen aufgepeitscht und die Reform des Gesetzes vorwärts getrieben. Das Material kann dazu dienen, die Forderung kommunaler Einrichtungen zugunsten der proletarischen Jugend zu begründen: Kindergärten, Kinderhorte, Ferienkolonien, Waldheime usw., ferner um die Schulspeisung, die Anstellung von Schulkärzten durchzusehen, um die Notwendigkeit einer Wohnungsreform und -inspektion nachzuweisen usw. Bei großer Notlage der Familien, deren Kinder lohnarbeiten, ist die Hilfe der Armenkommission, bei verwahrlosten Kleinen die der Waisenkommision, der Stadtverordneten in Anspruch zu nehmen, für die Anstellung eines Berufsvormundes und geschulter weiblicher Helferinnen Propaganda zu machen und manches andere mehr. Demnächst wird den Kinderschulungskommissionen vom Parteivorstand eine Broschüre zugehen, die die Tätigkeit der Kinderschulungskommission erörtert, Ausblicke für ihre weitere Tätigkeit gibt und die Schädlichkeit der Kindererwerbsarbeit im Gegensatz zur Arbeit als Erziehungsmittel schildert. Eine eingehende Aussprache über all das auf der Konferenz wird außerordentlich wirksam sein, gewissermaßen den mündlichen Kommentar zu der Broschüre bilden.

Auch mit der Einrichtung und Tätigkeit der Beschwerdekommissionen wird sich die Frauenkonferenz beschäftigen. An der Behandlung dieser wichtigen Sache wird sich auch die Vertreterin des Arbeitersekretariats beteiligen, das vom Parteivorstand zur Delegation eingeladen worden ist. Daß die Beschwerdekommisionen Wertvolles zu leisten vermögen, das hat die kurze Zeit ihrer Existenz erwiesen.

Alle die Arbeiten aber, welche die Genossinnen im Dienste der Partei zu leisten haben, können um so besser, gründlicher und dabei um so leichter erledigt werden, je geschulter — theoretisch und praktisch geschulter — die weiblichen Parteimitglieder sind. Mit der steigenden Betätigung für die Sozialdemokratie erhält daher auch die gründliche Schulung der Genossinnen erhöhte Bedeutung für die Partei. Diese Tatsache berücksichtigend, haben die Genossinnen im Frauenbureau ganz bewußt zunächst das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf die Propagierung von Maßnahmen gelegt, die der Gewinnung weiblicher Mitglieder für die Partei dienen, ohne dabei die Schulung der gewonnenen Mitglieder außer acht zu lassen. Im Gegenteil, bei den vielen Rücksprachen, die die Unterzeichnete im Auftrage des Parteivorstandes mit den einzelnen Bezirksleitungen hatte, ist immer außer den Agitationsmöglichkeiten unter den Indifferenten auch die Schulungsgelegenheit der bereits Organisierten besprochen worden. Auf Anfragen erteilte das Bureau Auskunft über die Ausgestaltung der Leseabende, es gab keine Kataloge leistungswertiger Schriften heraus, die zur Einführung in die sozialistische Ideenwelt besonders geeignet sind, usw. Eine methodische Anleitung, wie in den Leseabenden die Genossinnen zur Beherrschung der sozialistischen Theorie sich emporentwickeln können, ist bisher dagegen noch nicht erfolgt. Ein Leitaden für solch methodische Schulung geht in der nächsten Zeit hinaus. Heute sind wir mit der Organisierung des weiblichen Proletariats so weit vorgeschritten, daß die Berücksichtigung dieser Anleitung erwartet werden kann. Daß das geschieht, ist natürlich un-
gemein wichtig für die Persönlichkeitentwicklung und für das

politische Wirken der Frauen. Erfassen unsere Genossinnen klar die Zusammenhänge des wirtschaftlichen und politischen Lebens und ihre eigene Stellung in der Gesellschaft, haben sie sozialistisch denken gelernt, so werden sie sich selbst ihr Urteil über die politischen Tagesfragen bilden und innerlich lebhaften Anteil nehmen an allen Vorgängen, die von Bedeutung für ihre Klasse sind. Sie sind dann zuverlässige Klassenkämpfer und — eifrige Agitatoren.

Der Leitaden legt das Hauptgewicht darauf, daß den Genossinnen die Ziele der Sozialdemokratie verständlich und vertraut werden und daß sie lernen, alle Gegenwartsforderungen im Hinblick auf diese Ziele zu erörtern und zu werten. Seine eingehende Diskussion wird auf der Konferenz möglich sein und anregend für die Ausgestaltung und die Neueinrichtung von Leseabenden wirken.

Mit freudiger Genugtuung können die Genossinnen auf unseren ersten Frauentag zurückblicken, von dessen glänzendem Gelingen gesprochen werden darf. Der Frauentag hat eine alte Programmforderung der Sozialdemokratie, die zwar von ihr im Parlament und außerhalb desselben energisch vertreten wird, aber doch nicht bei jeder Aktion an erster Stelle stehen kann, in den Vordergrund des Interesses und der Propaganda gerückt und die proletarischen Frauenmassen selbst zu Trägern dieser Forderung gemacht. Er legte Zeugnis ab von der politischen Reife weiter Schichten des weiblichen Proletariats, und er trug in starkem Maße bei zur politischen Erweckung und Organisierung bisher Indifferenten. Er hat das Ansehen der proletarischen Frauenbewegung sehr gehoben, und ganz allgemein ist der Wunsch, daß im nächsten Jahre der zweite Frauentag veranstaltet werden möge. Alle verschiedenen Wünsche in bezug auf die Ausgestaltung des Tages können auf der Konferenz Ausdruck finden und schon frühzeitig das Augenmerk auf die nächstjährige Veranstaltung lenken.

Die Frauen und die Reichstagswahlen lautet der Punkt der Tagesordnung, der nach einer gründlichen Würdigung unserer politischen Situation den Genossinnen ihre besonderen Aufgaben im bevorstehenden Wahlkampf zuweisen wird. Der Parteivorstand hat für die Wahlbewegung eine Broschüre herausgegeben: „Die Frauen und der politische Kampf“, und die Genossinnen im Bureau haben für die Agitation unter den Indifferenten ein Schriftchen in Dialogform verfaßt: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, das bereits eine starke Verbreitung gefunden hat. Alle weitergehenden Wünsche werden sich hoffentlich zu Anträgen verdichten.

Die Frauen und die Gemeindepolitik haben wir auf die Tagesordnung gesetzt, weil bei der zunehmenden Stärke der proletarischen Frauenbewegung der Kreis ihrer Aufgaben erweitert, die Ausdehnung des Tätigkeitsgebietes der Genossinnen erfolgen muß. Der Kampf um das Gemeindepolrecht für die Frau, um ihre Betätigung in Armen-, Waisen-, Schulkommissionen usw., der Kampf für unsere Forderungen an die Gemeindeverwaltung: alles das muß in Zukunft planmäßiger geschehen, sei es im Anschluß an die Kommunalwahlen, sei es durch besondere Veranstaltungen, die Genossinnen vorzubereiten. Das weite, wichtige Tätigkeitsgebiet in Angriff zu nehmen, ist Zweck dieses Punktes der Tagesordnung unserer Konferenz. Der Borentwurf zum Strafgesetzbuch, der viele Bestimmungen enthält, die den schärfsten Protest der proletarischen Frauen herausfordern, gibt uns die Verpflichtung, auch dieser Frage für die nächste Zukunft unsere weitestgehende Aufmerksamkeit zu widmen.

Es ist also eine reichhaltige Tagesordnung, die ihrer Erledigung durch die Tagung der Genossinnen harzt. Mögen diese veranlassen, daß allerorts die Organisationen Stellung nehmen zu der Tagesordnung und zur Beschickung der Konferenz. Mögen die Genossinnen sich einigen auf die Tüchtigsten aus ihren Reihen, die als Delegierte nach Jena gesandt werden sollen. Mögen ihre Vertreterinnen dort in der rückhaltlosesten Weise den Wünschen auf Förderung unserer Bewegung Ausdruck geben, so daß ein Gesamtbild von dem geistigen Leben und dem praktischen Wirken unserer Organisationen im ganzen

Reich entsteht, so daß eine Fülle von Anregungen für unsere weitere Tätigkeit nutzbar gemacht und eine wichtige Willens- und Umgebung der sozialdemokratischen Frauen in politisch bewegter Zeit ausgelöst wird.

Luise Fiey.

Arbeitszeit und Löhne amerikanischer Arbeiterinnen.

Ein menschenfreundlicher Denker sagte, daß der Arbeitslohn der Frauen das Thermometer der Moralität eines Volkes sei. Mit diesem Maßstab gemessen, müßte es mit der Moralität des amerikanischen Volkes nicht so übel bestellt sein, denn die Arbeitslöhne amerikanischer Frauen nehmen sich neben den anderer Nationen ganz vorteilhaft aus. Aber nicht nur ihre Bezahlung, sondern auch ihre Stellung, ihr Ansehen im Arbeitsverhältnis ist ein würdigeres. In der hohen Achtung, die der Frau in Amerika auf der Straße und in der Gesellschaft entgegengebracht wird, läßt es auch der Mann in der Fabrik gegen seine Kollegin nicht fehlen. Selbst wenn sich durch jahrelanges Zusammenarbeiten eine gegenseitige Vertraulichkeit entwickelt hat, wird es der amerikanische Arbeiter seiner Werkstattegenossin gegenüber an Entgegenkommen, man möchte fast sagen, an Ritterlichkeit nicht fehlen lassen, wird er noch danach streben, in ihren Augen als Gentleman dazustehen. Die Vorteile, die aus einem solchen Verhältnis für die Moralität und Kameradschaft quellen, können schwerlich zu hoch veranschlagt werden; jedenfalls sind sie groß und schön genug, zur Nachahmung zu drängen. Wie weit Europa in diesem Punkte noch zurück ist, fällt einem erst ganz auf, wenn man nach jahrelanger Abwesenheit wieder einmal in europäische Fabriken kommt. Ich habe drüben allenthalben beobachten können, wie eine ausgelassene Unterhaltung plötzlich mit der Warnung abgebrochen wurde: Die Ladies (Damen) kommen! wie sie einen ernsten, würdigen Ton annahm, wenn eine Kollegin in den Gesichtskreis kam. Die europäische Ungeklärtheit, die daheim in der Werkstatt eine sonderliche Verfeinerung nicht erfahren hat, wird eigentümlich berührt, nein sie findet es einfach komisch, wenn die Kolleginnen an der Werkbank mit Ladies tituliert werden, ein Brauch, der auch bei Abwesenheit der Arbeiterinnen vielfach gewahrt wird.

Allerdings hat in den Industriezentren, wo sich die Einwanderung staut, die Würdigkeit des Verkehrs zwischen den Geschlechtern eine fühlbare Schwächung erfahren. In den Schlachthäusern in Chicago, in den Spinnereien der Südstaaten und anderwärts besteht ein Zustand, der sich von dem der europäischen Industriebezirke kaum noch unterscheidet. Auf dem rauhen Boden dieser Industrieastillen können schöne Sitten nicht keimen.

Im allgemeinen kann sich auch der Unternehmer den Geboten dieser Sitte nicht entziehen. Er sieht sich gehalten, gegen die Arbeiterinnen einen höflicheren Ton anzuschlagen. Wenigstens habe ich wiederholt bemerkt, daß der Vorgesetzte in Anwesenheit von Frauen weniger Raubartigheit und dümmere Spucksalven sehen ließ. Natürlich sucht die amerikanische Arbeiterin auf ihrem Lohnzettel vergeblich nach einer analogen Wertschätzung; das Maß der Ausbeutung ist deswegen um keinen Deut geringer. Im Gegenteil.

Ein rein zahlenmäßiger Vergleich der Löhne der Arbeiterinnen in Amerika und in Europa ergibt ein bedeutendes Saldo zugunsten des ersten, während das Verhältnis der Frauenlöhne zu den Männerlöhnen nicht von dem in Europa geltenden abweicht. Allein eine allzu bestimmte Behauptung soll das zuletzt Gesagte nicht sein. Der Mangel an exaktem Zahlenmaterial verhindert, zuverlässige Vergleiche anzustellen. Was in den Vereinigten Staaten an Lohnquoten vorhanden ist, das ist zu lauz, um die Lohnverhältnisse der amerikanischen Allgemeinheit auch nur annähernd zu beurteilen. Immerhin sind für begrenzte Distrikte oder bestimmte Berufe Untersuchungen vorgenommen worden, die einen ungetrübten Blick in das Arbeitsverhältnis breiter Schichten von lohnarbeitenden Frauen ge-

statten. Das letzte Jahr hat uns das Ergebnis der Ermittlung der Löhne und Arbeitszeit einiger Frauenberufe in Chicago gebracht, das in der Novemberausgabe des Organs des Arbeitsamtes der Vereinigten Staaten veröffentlicht worden ist.

Um eine bessere Beurteilung dieser Ermittlung zu ermöglichen, sollen vorerst einige Daten über die gesamte Industrie Amerikas gegeben werden. Diese Angaben sind der Betriebszählung vom Jahre 1905 entnommen. Sie erstreckte sich auf 123703 Etablissements oder 62,9 Prozent aller Unternehmen, die Lohnarbeiter beschäftigten. Von den Lohnarbeitern der Vereinigten Staaten sind 3297819 von der Untersuchung erfaßt worden. Davon stellten die Männer 70,4 Prozent, die Frauen 17,9 Prozent, die Kinder 2,7 Prozent. Die Lohnliste dieser 123703 Betriebe trug in der von der Enquete erfaßten Woche die Dollarzahl 33185791, das sind ungefähr 139 Millionen Mark. Davon erhielten die Männer 88,1 Prozent, die Frauen 11 Prozent, die Kinder $\frac{1}{10}$ Prozent. Die Gegenüberstellung der Prozentzahlen der Beschäftigten und der Lohnquoten läßt schon eine Beurteilung des Verhältnisses zwischen den Männer- und Frauenlöhnen zu.

Von den 3297819 verdienten 44,4 Prozent bis 37,80 M., 50,7 Prozent 37,80 bis 84 M. und 4,9 Prozent über 84 M. pro Woche. Die Zahlen ergeben, daß im Durchschnitt ein Arbeiter wöchentlich 46,87 M., eine Arbeiterin 26,01 M., ein Kind (unter 16 Jahren) 15,53 M. verdiente. Das ist der große Durchschnitt für die Allgemeinheit der Industriearbeiterschaft. Im besonderen verdienten die Frauen im Durchschnitt pro Woche:

Baumwollverarbeitung	25,32 M.
Strickwaren	25,23 "
Seidenwaren	25,65 "
Schneefabriken	31,92 "
Männertonseltion	25,49 "
Frauentonseltion	28,77 "
Hemdennäheri	23,89 "
Glasfabriken	21,33 "

Die Löhne sind in den sogenannten Neuenglandstaaten bedeutend höher als in den Südstaaten. Dies gilt für die Männerlöhne und noch viel mehr für die Frauenlöhne. War der Durchschnittslohn der Männer in den ersteren 85,78 M. und in den anderen nur 22,58 M., so war der Verdienst der Frauen in den ersteren 30,36 M. und in den anderen Staaten gar nur 15,83 M.

Nachdem wir so die Löhne der Industriearbeiterschaft Amerikas im allgemeinen betrachtet haben, wenden wir uns den Chicagoer Arbeiterinnen im besonderen zu. Die vorjährige Erhebung dehnte sich auf die Löhne und Arbeitszeit der Arbeiterinnen in den Zuckerwarenfabriken, der Pappschachtelindustrie, in den Dampfwaschereien, Korsettfabriken, auf den Verdienst der Billettkäuferinnen der Hochbahn und der Angestellten in den Kaufläden aus. Sie erstreckte sich auf 57 Betriebe mit 3749 Arbeiterinnen. Es braucht nicht ausdrücklich gesagt zu werden, daß diese Arbeiterinnenschar nur einen Bruchteil der arbeitenden Frauen Chicagos, der fünftgrößten Stadt der Welt (1909: 2185000 Einwohner), ausmachen. Immerhin läßt sich ohne Gefahr groben Fritzens annehmen, daß die für sie festgestellten Löhne und Arbeitsstunden auch für viele der anderen Frauenberufe in Chicago gelten. Dieses gewaltige Industriezentrum rangiert mit seinen Löhnen und sonstigen Arbeitsbedingungen eher unter dem allgemeinen Durchschnitt Amerikas. Die Ursachen dafür liegen an der Oberfläche.

Chicago ist neben New York das größte Konzentrationslager der Einwanderer. Die „windige Stadt“ am Michigansee ist für Hunderttausende europäischer Proletarier die zweite Heimat geworden. In umfangreichen Vierteln ballen sich die Söhne und Töchter europäischer Nationen zusammen, sprechen weiter die Sprache ihrer Väter, pflegen weiter die Sitten und Gebräuche der alten Heimat. Es gibt wohl keine Nation, wohl keine Klasse der Welt, die nicht eine Kolonie in dieser Metropolistadt hätte. Die Fremdlinge kommen nahezu allesamt mittellos, hungrig, ohne Kenntnis der Landessprache und der Verhältnisse an. Ihre traurige Lage treibt sie auf die Suche nach

Arbeit und Brot, noch ehe der Mond einmal gewechselt hat. Sie lassen sich bescheiden an, ihre Bedürfnisse sind schrecklich gering, ihre Hilfslosigkeit ist groß. Daß der Unternehmer darauf bedacht ist, die mißliche Lage der fremden Proletarier in goldenen Profit umzumünzen, bedarf keines Beweises. Und weiter ist klar, daß durch die Anspruchslosigkeit der Einwandernden die Lage der eingeborenen Arbeiterschaft in vielen Betrieben auf tiefer Stufe gehalten wird. Freilich sind auch Versuche gemacht worden, durch gesetzliche Maßnahmen den Grad der Ausbeutung zu verringern. Aber es sind eben in den meisten Fällen nur Versuche, überbescheidene Ansätze geblieben. Zum Beispiel beschränkt ein Gesetz vom Jahre 1905 die Arbeitszeit der Frauen auf zehn Stunden pro Tag, ohne die Sonntagsarbeit zu verbieten. So kann eine Firma wöchentlich siebzig Stunden arbeiten lassen, ohne das Gesetz zu übertreten, während eine andere sich straffällig macht, wenn sie einundsechzig Stunden an sechs Tagen arbeiten läßt. Übrigens bezieht sich das Gesetz nicht auf die Handelsangestellten und die Transportindustrie, und es kann in den einschlägigen Betrieben — so lange sie auch ihre Arbeiterinnen am Werk halten mögen — keine Überzeitarbeit im gesetzlichen Sinne geben. Auch die Arbeiterinnen der anderen Berufe fühlen herzlich wenig von der Schutzgesetzgebung, da diese von den Behörden lag gehandhabt, wenn nicht gar vergessen wird.

In der Zuckerwarenindustrie Chicagos wird in den von der Untersuchung erfaßten Betrieben in der Regel nicht über 60 Stunden wöchentlich gearbeitet. In der Saison wird in einer Anzahl größerer Betriebe 13 bis 14 Stunden und Sonntags auch noch 5 bis 8 Stunden geschafft, so daß die wöchentliche Arbeitszeit zuweilen bis 90 Stunden beträgt, die in Ausnahmefällen sogar auf 92 1/2 Stunden steigt. Der Geschäftsleiter einer Fabrik antwortete auf die Frage, ob es nicht schwer sei, die Mädchen von morgens 7/8 Uhr bis abends nach 8 Uhr bei der Arbeit zu halten: „Nein, sie haben das gern; aber es ist schwer, sie Mittwoch und Sonnabend nachts zu halten.“ Diese Behauptung erhält einen größeren Schein von Wahrscheinlichkeit durch die Tatsache, daß die Mädchen im Sommer nur drei oder vier Tage Arbeit haben und den Ausfall in der Weihnachtszeit wieder einzubringen wünschen. Das Zehnstundengesetz dämpft allerdings die Lust nach Überzeitarbeit nach und nach ein. Von den Arbeiterinnen, die von der Ermittlung erfaßt wurden, erhielten 15 Prozent über 29,40 Mk. (7 Dollar), 89 Prozent 21 bis 29,40 Mk., und der Rest hatte weniger als 21 Mk. Wochenverdienst.

In den Kappschachtelfabriken hat die Saisonarbeit geringere Bedeutung und ist daher die Arbeitszeit regelmäßiger. Die wöchentliche Arbeitszeit schwankt hier zwischen 52 1/2 und 59 Stunden, bei einer Firma wurde aber auch 13 1/2 Stunden pro Tag geschafft, bei drei anderen 11 Stunden. Die Mädchen beginnen in diesen Betrieben als Helferinnen. Es wird angenommen, daß sie ein Drittel von dem Lohne des Maschinenmädchens, dem sie helfen, erhalten. Die Helferin erscheint nicht in der Lohnliste, und sie hat ihren Lohn mit ihrer nächsten Vorgesetzten, dem Mädchen an der Maschine, zu verrechnen. Diese Gepflogenheit zeitigt eine Unmasse häßlicher Streitigkeiten und einen über alle Maßen hohen Abgang von Arbeitskräften. Eine große Anzahl Arbeiterinnen scheiden nach den ersten paar Tagen oder Wochen wieder aus. Der Abgang von Mädchen ist so groß, daß selbst die schreiendsten Inserate in den Zeitungen ihn nicht auszugleichen vermögen. Einige Firmen offerieren ihren Angestellten Prämien für die Herbeischaffung von „neuen Händen“, wenn diese länger als einen Monat bleiben; andere senden Agenten in die Arbeiterviertel, um neue „Hände“ oder davongelaufene Arbeiterinnen zu suchen. Von dem weiblichen Personal der untersuchten Betriebe verdienen 25 Prozent über 29,40 Mk., 21 Prozent 21 bis 29,80 Mk., und der Rest hatte weniger als 21 Mk. Zu dem Rest sind hier auch die Arbeiterinnen gezählt, von denen Angaben über den Lohn nicht gemacht wurden.

Die Hochbahnen beschäftigten 284 Fahrkartenverkäuferinnen und an die 100 Aushelferinnen. Sie arbeiten von mor-

gens 7 Uhr bis abends 7 Uhr, also 12 Stunden täglich an Sonn- wie Wochentagen. Keinerlei Urlaub wird gewährt für einen Nachmittag oder gesetzlichen Feiertag. Muß eine Verkäuferin einmal von der Arbeit fortbleiben, so wird sie von einer Aushelferin abgelöst, und deren Lohn wird von ihrem Gehalt abgezogen. Essenszeit gibt es nicht. Jede Biletterverkäuferin hat ihr Essen mitzubringen oder holen zu lassen und kann es in freien Augenblicken verzehren. Die Mehrzahl der Bahnen hat eine Ablösung, die ständig von einer Station zur anderen fährt, um die Verkäuferinnen für zehn oder fünfzehn Minuten nacheinander abzulösen. Auf den Bahnlagen, wo diese Einrichtung nicht getroffen ist, muß das Mädchen für den Fall eines kurzen Austritts den Stationsdiener, einen Negger, zur Vertretung herbeirufen. Trotz der langen Arbeitsstunden sind die Stellen an der Hochbahn viel begehrt. Auf der Vormerkliste einer der Bahnlagen stehen 2000 Namen. Nicht nur die relative Selbständigkeit der Stellung, sondern auch der hohe Lohn üben Anziehungskraft aus. Der Lohn einer regelmäßig angestellten Verkäuferin schwankt zwischen 7,10 und 8,40 Mark pro Tag. Die Forderung der Organisation der Straßenbahnangestellten, an Stelle des Zwölfstundentags den Achtstundentag einzuführen, ist an dem Widerstand der Bahngesellschaften gescheitert.

In den Dampfwäschereien wird in der Hauptsache die zehnstündige Arbeitszeit ziemlich regelmäßig eingehalten. In einigen Betrieben wird nur acht, in anderen, wenn sich die Arbeit häuft, über zehn Stunden gearbeitet. 59 Prozent der befragten Mädchen erhielten über 29,40 Mk., 88 Prozent 21 bis 29,40 Mk., der Rest verdiente unter 21 Mk. pro Woche.

In der Bekleidungsindustrie schwankt die Arbeitszeit mehr als in den Dampfwäschereien. Diese Woche gibt es „kurze Tage“ mit fünf, die nächste Woche „lange Tage“ mit zwölf oder noch mehr Arbeitsstunden. Was in der flauen Geschäftsperiode eingebüßt wird, suchen die Frauen in der Saison wieder einzubringen. Für 67 Prozent der Arbeiterinnen ist ein Wochenlohn von über 29,40 Mk., für 27 Prozent einer von 21 bis 29,40 Mk. angegeben, während die anderen unter 21 Mk. erhalten. In der Korsettbranche, einer „regulären Industrie“, laufen die Bestellungen regelmäßig ein und können zumeist in den gewöhnlichen Arbeitsstunden erledigt werden. Die wöchentliche Arbeitszeit pendelt um die Stundenzahl 55. In dieser Branche hatten 11 Prozent der Arbeiterinnen einen Wochenlohn von über 29,40 Mk., 27 Prozent einen solchen von 21 bis 29,40 Mk., die anderen gaben, soweit sie Angaben machten, weniger als 21 Mk. an.

Die effektive Arbeitszeit in den großen Verkaufsmagazinen beträgt 8 bis 9 1/2 Stunden. Hierzu kommt noch die starke Überzeit vor Weihnachten, bei der Inventur und den Ausverkäufen. Für diese Überzeitarbeit gibt es keine geregelte Vergütung. Es wird dafür nur das „Abendessengeld“, nämlich 1 bis 2 Mk. gegeben. In einem Geschäft wird das Weihnachtsgeschenk (20 Mk.) als Vergütung für die Überzeitarbeit betrachtet. Ungünstiger als die Verkäuferinnen in den großen Geschäften stellen sich die 15000 Ladnerinnen in den Detailgeschäften. Hier ist die Arbeitszeit zuweilen (am Freitag) acht Stunden, am Sonnabend zwölf oder noch mehr Stunden. Die Unsitte, die Läden an einigen Tagen in der Woche die halbe Nacht aufzuhalten, zwingt die Ladenmädchen zu ständiger Überzeitarbeit. 43 Prozent von ihnen verdienen über 29,40 Mk., 49 Prozent von 21 bis 29,40 Mk., für die anderen ist ein Wochenlohn von weniger als 21 Mk. angegeben. Fritz Kummer.

Einkommen und Miete; Wohnungsgröße und Miete.

In den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung wird ein größerer Teil des Einkommens für die Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse — Wohnung, Kleidung, Essen — ausgegeben als in den bessergestellten. In der Proletarierfamilie wird der größte Teil des Lohnes gebraucht, um den

Hunger — und auch den meist ungenügend! — zu stillen. Die Ausgaben für Kleidung und Wohnung müssen auf das Notwendigste beschränkt werden, wodurch besonders die Wohnungsverhältnisse eine stete Quelle von Krankheiten und moralischen Elends sind. Trotzdem nun das Proletariat an sich genommen wenig für seine Wohnung auswenden kann, bilden doch die Ausgaben für diesen Zweck einen weit höheren Bruchteil seines Einkommens als beim Bürgertum. Zum Beweis dessen wollen wir aus einer Statistik über Einkommen und Miete in mehreren deutschen Großstädten eine Tabelle über die Verhältnisse in Hamburg anführen:

Bei einem Einkommen von		Betrag die Miete in Prozent des Einkommens in den Jahren		
Mk.		1868	1891	1901
900 bis	1200	19,8	24,1	24,7
1200 "	1800	19,9	22,2	23,2
1800 "	2400	20,3	22,1	21,6
2400 "	3000	19,5	20,8	20,5
3000 "	3600	19,6	19,1	19,2
3600 "	4200	19,3	18,7	18,3
4200 "	4800	18,9	17,9	17,4
4800 "	5400	18,2	17,4	16,6
5400 "	6000	16,5	15,7	15,1
6000 "	9000	15,4	14,2	13,1
12000 "	18000	13,0	11,6	10,9
18000 "	30000	10,4	9,4	8,4
30000 "	60000	6,7	6,2	6,0
über	60000	3,7	3,3	3,0

Aus der Tabelle geht zunächst klar hervor, daß die geringeren Einkommen durch die Miete erheblich stärker belastet sind als die größeren. Im Jahre 1901 zahlte man bei einem Jahreseinkommen von 900 bis 1200 Mk. allein 24,7 Prozent davon für Miete. Dagegen fiel der Prozentsatz für Miete mit steigendem Einkommen bis auf 3 Prozent für Kapitalisten mit über 60 000 Mk. Jahresverdienst. „Je ärmer jemand ist, desto größer ist die Summe, welche er im Verhältnis zu seinem Einkommen für die Wohnung verausgaben muß.“ „Je niedriger das Einkommen, desto höher die Miete.“

Die Tabelle zeigt weiter, daß der Anteil für Mietausgaben bei den niedrigen Einkommen im Laufe der Jahre erheblich gestiegen ist. Im Jahre 1868 zahlte man bei einem Einkommen von 900 bis 1200 Mk. 19,8 Prozent davon für Miete, im Jahre 1891 bereits 24,1 Prozent und im Jahre 1901 betrug der Anteil 24,7 Prozent, das heißt ein Viertel des Gesamteinkommens! Berücksichtigt man Einkommen unter 900 Mk., so werden die Zahlen noch erschreckender. In Magdeburg zum Beispiel gingen bei einem Einkommen von 400 Mk. 40,8 Prozent für Miete darauf. Das war im Jahre 1886. Inzwischen sind in allen Städten die Mietpreise beträchtlich gestiegen worden. In einer Anzahl sächsischer Städte beträgt der Anteil der Mietausgaben ebenfalls über 25 Prozent bei Einkommen unter 400 Mk. Dieses Wachstum der Miete ist aber nur in den niedrigeren Einkommensklassen zu beobachten. Von einem Bezug von 3000 bis 4000 Mk. an ist dagegen der Anteil der Miete gesunken. Personen mit 9000 bis 12000 Mk. zahlten 1868 15,4 Prozent, 1891 14,2 Prozent und 1901 nur 13,1 Prozent. Der Anteil der Miete ist in den letzten Jahrzehnten bei den kleinen Einkommen gestiegen, bei den großen gesunken. — Diese Benachteiligung des Proletariats wird auch dann offenbar, wenn man Wohnungsgröße und Miete zueinander in Beziehung setzt. — In Schöneberg kostete Ende 1910

Bei einer Wohnungsgröße in Kubikmeter	Die Miete für einen Kubikmeter
bis 75	3,36 Mk.
75 " 100	3,35 "
100 " 125	2,96 "
125 " 150	2,53 "
150 " 175	2,52 "
175 " 200	2,43 "
über 200	2,24 "

Je kleiner die Wohnung ist, um so teurer muß ein Kubikmeter Raum bezahlt werden. In einer Wohnung, die nur 75 Kubikmeter umfaßt, kostete ein Kubikmeter 3,36 Mk., in Wohnungen von 200 Kubikmeter aber nur 2,48 Mk.

In Augsburg betrug im Jahre 1904 der Mietpreis für einen Kubikmeter in Einzimmerwohnungen 2,57 Mk., in Zweizimmerwohnungen 2,35 Mk., in Dreizimmerwohnungen 2,24 Mk. u. s. w. bis in Wohnungen mit 10 und mehr Zimmern 1,66 Mk.

In kleinen, schlecht ausgestatteten Wohnungen ist der Mietpreis also besonders hoch. „Die kleinste Behausung von weniger als 10 Kubikmeter Luftraum ist fast fünfmal so teuer wie die etwa zwanzigmal so große Wohnung von 220 Kubikmeter. . . . Die größeren Wohnungen sind verhältnismäßig billiger als die kleineren Wohnungen. Je kleiner die Wohnung, desto teurer die Miete.“ E. L.

Bier Jahre Frauenleseabende.

Die Frage der Frauenleseabende ist recht aktuell geworden, sie steht daher auch auf der Tagesordnung der Frauenkonferenz. Aus der Notwendigkeit heraus, für die bessere politische Schulung der Frauen zu sorgen, und das unter Berücksichtigung der wichtigsten Umstände, die dafür in Betracht kommen, sind die besonderen Zusammenkünfte der Genossinnen entstanden. Da auch jetzt noch verhältnismäßig wenig Zeit für die Zwecke der Lese- und Diskussionsabende verwendet werden kann — in der Regel findet alle vier Wochen ein solcher Abend statt —, erscheint es wichtig, die Unterrichtsabende so fruchtbar wie möglich zu machen. Haupthindernis für die Entwicklung der Leseabende ist unstreitig die Tatsache, daß die Arbeit der Frauen meist nicht wie die der Männer in den Abendstunden zu Ende geht. Gerade die Genossin, mit der wir rechnen, die erwerbstätige Frau, ist nach Feierabend erst recht gebunden. Haus und Kinder wollen versorgt sein. Der Mann hat abends eher Zeit, eine Versammlung zu besuchen oder einen Kursus zu belegen als die Frau. Natürlich liegen die Dinge nicht in ganz Deutschland gleich, aber immerhin dürften die nachfolgenden Feststellungen und Erfahrungen des allgemeinen Interesses nicht entbehren, wenngleich ihnen die spezifisch großstädtischen Verhältnisse in Berlin zugrunde liegen. Diese Resultate sind seit 1908 bei der unterrichtenden Tätigkeit in acht Leseabenden gewonnen worden, die zum Teil im Berliner sechsten Reichstagswahlkreis, einer sozialdemokratischen Hochburg, und in einigen Berliner Vororten abgehalten wurden.

Schon lange bevor das neue Reichsvereinsgesetz in Kraft trat, existierten in Berlin Zusammenkünfte der Genossinnen. Sie bildeten eine Art organisatorischer Verbindung der damals noch kleinen Zahl von proletarischen Frauen, welche sich um politische Dinge kümmerten, und waren zugleich deren Aktionskörper. Nebenbei lief auch ihre unterrichtende, schulende Tätigkeit, weil eine solche, wie in jeder anderen Organisation, als notwendig empfunden ward. In kleinen Zirkeln pflegten die Genossinnen allmonatlich einmal zusammenzukommen, die Besuchsziffer der Veranstaltungen erreichte selten mehr als 20 bis 30 Personen. Der Unterricht war meist kein planmäßiger, sondern hing in der Hauptsache von der Möglichkeit ab, für einen bestimmten Abend jemand Sachkundigen und Redegewandten zu finden, der irgend ein aktuelles Thema, eine Forderung des Erfurter Programms erörterte. Über die Besprechung von Tagesfragen und gelegentliche Streifzüge durch den praktischen und auch theoretischen Teil unseres Programms kam man im allgemeinen nicht hinaus. Abgesehen von anderem fehlten wohl die organisatorischen Voraussetzungen für eine Ausgestaltung der Leseabende. Soweit ein organisierter Zusammenhalt der Genossinnen bestand, mußte er in erster Linie der allgemeinen Agitation dienen. Anfänge zur planmäßigen Schulungsarbeit unter den Frauen in Berlin gingen später von der Zentralstelle der Genossinnen aus. Sie führten bald zu Erörterungen über Stoff, Lehrmethode und Richtlinien der Leseabende, Erörterungen, die von günstigem Einfluß gewesen sind. Aus den Kreisen der Genossinnen heraus entstanden besonders im letzten

Wahlkreis Bestrebungen, eine Scheidung der an den Leseabenden teilnehmenden Frauen durchzuführen, und zwar in der Art, daß „Fortgeschrittene“ und „Anfängerinnen“ für sich zusammenkamen. Ein solcher Kursus für „Fortgeschrittene“ bestand über ein Jahr.

Das neue Vereinsgesetz brachte die Betätigungsmöglichkeit der Frauen auf allen Gebieten des politischen Lebens. Nun wurde die planmäßige Organisation der Frauenschulung zur gebieterischen Notwendigkeit. Es erfolgte der einheitliche Beschluß, daß allmonatlich an einem bestimmten Tage in allen Teilen Groß-Berlins Leseabende für die Frauen stattfinden sollten. Anregungen blieben nicht aus über die allgemein durchzuführende Gestaltung der Abende. Bis dahin hatten in der Regel die lokalen Verhältnisse über Statistiken und Termin der Leseabende entschieden, in einzelnen Bezirken waren monatlich zwei Abende für die Bildung der Frauen vorgesehen. Der Referent respektive die Referentin bestimmte gewöhnlich, was Gegenstand der Behandlung sein sollte. Heute werden in Groß-Berlin eine außerordentlich große Anzahl von Leseabenden abgehalten, infolge der einheitlichen Festlegung auf ein und denselben Tag leiden sie zumeist darunter, daß ihnen geeignete Unterrichtskräfte fehlen. Zur Leitung eines Leseabends eignet sich nicht jeder, der sonst in der Agitation oder bei der Parteiarbeit tüchtig ist. Eine möglichst sichere und umfassende Beherrschung des zu behandelnden Lehrstoffs ist zusammen mit pädagogischer Veranlagung für die Lehrenden ganz besonders dort notwendig, wo die zur Verfügung stehende Zeit und das bereits vorhandene Wissen in gar keinem Verhältnis zu der ungeheuren Fülle des Unterrichtsstoffs steht. Leider fehlt es in Berlin noch an der nötigen großen Zahl von Leitenden und Lehrenden, die den hervorgehobenen Anforderungen genügen, und damit ermangeln auch die Leseabende vielfach der sicheren und systematischen Orientierung. Diese kann durch Zusammenkünfte der Unterrichtenden gefördert werden, wie deren zwei bereits stattgefunden haben.

Um die von den Leseabenden zu vermittelnde Schulung nachhaltig fruchtbringend zu gestalten, müssen wir unter anderem eine klare, bestimmte Antwort auf die Frage erhalten: Was für Frauen sind es, die in unsere Leseabende kommen? Welche Vorbildung haben sie? — ich nehme das Wort in der umfassendsten Bedeutung und denke dabei nicht zuletzt an die aus der großstädtischen oder ländlichen Umwelt gewonnene Erfahrung. Welche Arbeitslast haben die Frauen zu tragen, was für Verpflichtungen erwachsen ihnen namentlich durch Haus und Familie?

Vielleicht erfolgt hier rasch die Antwort: Ihr fragt nach Winessenwahrheiten. Proletarierinnen sind es, die zu uns kommen. Das stimmt, aber sagt nicht alles. In der Hauptsache sind es ganz bestimmte Gruppen und Schichten von Proletarierinnen, die unsere Leseabende besuchen. In acht Leseabenden konnte ich in viereinhalb Jahren rund 1100 Frauen als Besucherinnen registrieren, ungefähr 700 von ihnen wohnten nur ein oder zweimal dem Unterricht bei. Es wäre falsch, hier ohne weiteres anzunehmen, daß es wirtschaftliche Ursachen allein oder in erster Linie wären, die den Weiterbesuch der Leseabende verhinderten. Die obigen Zahlen reden auch durchaus nicht von Ausnahmefällen; in Leseabenden, in denen eine planmäßige Leitung fehlt, ist das Verhältnis eher noch ungünstiger. Es lohnt sich also, genauer zu untersuchen, welche Frauen dauerndes Interesse an ihrer Weiterbildung bekunden und regelmäßig unsere Unterrichtsabende besuchen. Eine Prüfung der Sachlage bedeutet schon deswegen einen Gewinn, weil ja die Frauenleseabende die Vorschule für die meisten Genossinnen sind, die jetzt in die sozialistische Frauenbewegung hineinwachsen, die mithin in naher Zukunft ihre Agitatorinnen und Organisatorinnen, kurz ihre aktiven Kräfte sein sollen. Statistische Feststellungen werden leider bei den Leseabenden der Genossinnen noch viel zu wenig gemacht. Sie sind aber notwendig, wenn wir in bestimmte Voraussetzungen unserer Unterrichtsabende eindringen wollen. Sie erschließen uns die Kenntnis des Bodens, auf dem wir bauen müssen. Deswegen sollte es für jeden Leseabend eine Selbst-

verständlichkeit sein, Präsenzlisten zu führen. Auch wenn die Veranstaltungen sehr viele Teilnehmerinnen aufweisen, läßt sich dies noch gut durchführen. Der eine Leseabend in Moabit — sechster Berliner Reichstagswahlkreis — hatte 120 und noch mehr Teilnehmerinnen, und doch ist die Präsenzliste ohne jede Schwierigkeit jahrelang geführt worden. Den nachfolgenden Zusammenstellungen liegen die Ergebnisse der Präsenzliste einer Anzahl Berliner Leseabende zugrunde.

Nachdem ich mich mit den entsprechenden Instanzen der Partei über die Zweckmäßigkeit statistischer Feststellungen ins Einvernehmen gesetzt hatte, wurden in zwangloser Reihenfolge Fragebogen ausgegeben. Ihr rein personaler Teil war so formuliert:

Wie alt sind Sie? Sind Sie verheiratet? Wieviel Kinder haben Sie? Wie alt sind die Kinder? Welchen Beruf hat Ihr Mann? Haben Sie auch einen Beruf? Arbeiten Sie zu Hause, im Geschäft oder in der Fabrik? Wieviel verdienen Sie mit Ihrer Arbeit wöchentlich? Wieviel Stunden arbeiten Sie täglich in Ihrem Beruf? Sind Sie gewerkschaftlich organisiert? In welchem Verband? Sind Sie politisch organisiert? Seit wann? Sind Sie auf Zeitungen abonniert? Auf welche? Sind Sie auf dem Lande, in der Kleinstadt oder in der Großstadt geboren? Wie lange sind Sie schon in Berlin? Wie oft sind Sie seit 1900 umgezogen?

Die Gründe dieser Fragestellung werden bei den Ergebnissen der Statistik zum Ausdruck kommen. Unter den vielen mir ausgefüllt eingehändigten Fragebogen — die Beantwortung erfolgte nach vorausgegangener Information und ohne Namensnennung — sind rund 120 für unsere Zwecke brauchbar. Erfasst wurde durch die Erhebung möglichst jede Genossin, die zum Leseabend erschien, auch die, welche nur ein- oder zweimal kam. Periodisch wurde immer wieder nachgefragt, von wem noch kein Fragebogen ausgefüllt worden sei.

Was das Alter der die Leseabende besuchenden Frauen anbetrifft, so mußte ich die Bestätigung einer Erfahrung registrieren: die jüngeren Proletarierinnen fehlten nahezu ganz. Das Alter der Besucherinnen der Leseabende schwankte zwischen 18 und 56 Jahren. Von 119 Genossinnen, die in Betracht kamen, waren alt:

18 bis 21 Jahre	7 Genossinnen	36 bis 40 Jahre	23 Genossinnen
22 „ 25 „	10 „	41 „ 45 „	17 „
26 „ 30 „	25 „	46 „ 50 „	6 „
31 „ 35 „	27 „	über 50 „	4 „

Unter 119 Genossinnen standen also nur 17 im Alter unter 25 Jahren. Ein ähnliches Bild ergeben auch die Leseabende, bei denen die statistischen Erhebungen nur sehr mangelhaft ausfielen. Von den 119 Genossinnen waren 102 verheiratet (darunter 6 Witwen und 2 Geschiedene) und nur 17 ledig. Diese Ziffern bekräftigen, was schon diejenigen über die Altersstufen erkennen ließen: es sind in der Hauptsache die Frauen politisch und gewerkschaftlich schon längere Jahre organisierter Arbeiter, welche die Leseabende besuchen. Es mag dies im besonderen auch damit zusammenhängen, daß in Berlin bei Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften die Männer oft darauf hingewiesen werden, ihre Frauen doch in die Leseabende zu schicken. Vor allem aber wird die verheiratete Frau durch die Bedingungen ihrer Existenz nachdrücklicher auf das öffentliche, das politische Leben hingewiesen als das junge Mädchen. Vielfach ist es des Lebens Not, die das Interesse an wirtschaftlichen, auch an politischen Fragen weckt und den Drang nach Aufklärung darüber zwingend werden läßt. Dazu kommt bei der Frau des organisierten Arbeiters die tägliche Anregung und Möglichkeit zur Diskussion über solche Fragen und, was noch wichtiger erscheint, die ständige Ausrüstung und Belehrung durch die Presse.

92 Genossinnen hatten den Beruf des Mannes mitgeteilt. Es waren verzeichnet: 28 Metallarbeiter, 26 ungelernete Arbeiter, 9 Holzarbeiter, 4 Privatbeamte und städtische Arbeiter, je 3 Maler, Schuhmacher, Buchbinder, Bauarbeiter (Maurer) und selbständige Geschäftsleute, je 1 Lederarbeiter, Lithograph, Töpfer, Asphaltarbeiter, Handlungsgehilfe, Bäcker, Schneider, Schriftsetzer, Brauer und Kutscher. Es sitzen 66 gelehrte Arbeiter 26 ungelerten gegenüber. Wir hatten es also in unseren Leseabenden zumeist mit Frauen zu tun, welche zu den

höher entlohnerten Schichten des Proletariats gehören. Ihre Ehemänner sind unzweifelhaft politisch und auch gewerkschaftlich organisiert, manche von ihnen außerdem an der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung interessiert und alle Leser des Parteiorgans. Frauen, die entgegen dem Wunsch und Willen ihrer Männer sozialdemokratisch gesinnt waren, fand ich in den 4/5 Jahren unter rund 1100 Genossinnen nur drei.

Der Miterwerb der verheirateten Frauen war in verhältnismäßig geringer Zahl verzeichnet, von 39 der 92 Genossinnen. 35 davon gaben Auskunft über ihren Beruf. Es arbeiteten 8 als Schneiderinnen und Näherinnen, je 6 waren Fabrikarbeiterinnen und Zeitungsaussträgerinnen, 5 Aufwärtinnen, 4 Verkäuferinnen, 2 Stickerinnen und je 1 Lederarbeiterin, Putzmacherin, Plätterin und Friseurin. Gewerkschaftlich organisiert waren von ihnen 4 im Metallarbeiter-, 1 im Hausangestellten-, 2 im Buchbinder-, 2 im Transportarbeiter- und 1 im Buchdruckerhilfsarbeiterverband, also zusammen nur 10. Von den 35 erwerbstätigen Genossinnen arbeiteten 12 zu Hause, die anderen 23 mußten täglich zur Fabrik oder ins Geschäft. Diese 23 Frauen hatten zusammen 40 Kinder, von denen 9 unter 6 Jahren und 25 über 6 bis 14 Jahre alt waren. Die 102 verheirateten Frauen hatten insgesamt 208 Kinder, davon waren 51 unter 6 Jahre, 93 über 6 bis 14 Jahre und 41 über 14 Jahre alt. Für 23 Kinder fehlen die genaueren Altersangaben. Schon diese nüchternen Zahlen sprechen von einer außerordentlichen Opferfreudigkeit der Genossinnen, die an den Bildungsabenden teilnehmen. Im besonderen und zuallererst bei den Proletarierinnen, die tagsüber im Geschäft oder in der Fabrik schaffen, abends die Wirtschaft in Ordnung zu halten haben und dabei Kinder erziehen müssen. Man bedenke dabei, daß unsere Statistik gar nicht einmal die proletarischen Schichten erfaßt hat, wo es noch trauriger aussieht, denn aus diesen Tiefen kommen die Frauen nur in verschwindend wenigen Fällen in die Leseabende. Diese wurden also in der Hauptsache von Frauen besucht, die gleichsam die Vorhut der proletarischen Frauenbewegung bilden, von Proletarierinnen, denen Kulturbedürfnisse und Rechtsforderungen ihrer Klasse in Fleisch und Blut übergegangen sind. So erscheinen die Dinge wenigstens in Berlin, soweit ich mit ihnen vertraut geworden bin. Aber den Verdienst der berufstätigen Frauen ist wenig zu sagen; er war so ziemlich bei allen gleich schlecht. Beachtlich bleibt, daß trotzdem so wenige der verheirateten Arbeiterinnen sich ihrer Berufsorganisation angeschlossen hatten.

Die Frage nach der politischen Organisation ist in allen 119 brauchbaren Bogen beantwortet worden, nur bleibt in 5 Fällen unklar, wie lange die betreffenden Genossinnen schon der Partei als Mitglieder angehörten. In 6 Fällen waren die Genossinnen nicht politisch organisiert. Die Zugehörigkeit der übrigen zur Sozialdemokratie stellt sich wie folgt:

Es waren organisiert seit 1911: 30, 1910: 17, 1909: 16, 1908: 28, 1907: 9, 1906: 2, 1905: 3, 1904: 1908 und 1902 je 1 Frau. Wie stand es mit dem Lesen der Parteipresse? Der „Vorwärts“ wurde im Abonnement von 92 verheirateten Frauen respektive ihren Männern gehalten, 14 unverheiratete Genossinnen waren auf ihn abonniert, für 5 Arbeiterfamilien existierte das lokale Parteiorgan nicht, und 8 unverheiratete Teilnehmerinnen unserer Leseabende lasen es ebenfalls nicht. Von 120 Frauen, die in der Mehrzahl länger organisiert sind, lasen nur 32 die „Gleichheit“, darunter 26 verheiratete. Und das trotz einer rührigen Agitation der Genossinnen für die Verbreitung ihres Organs. Die meisten Ablehnungen, das Blatt zu abonnieren, erfolgen aus Geldrücksichten, es kommt aber auch vor, daß erklärt wird, und dies auch durch länger organisierte Genossinnen: über Politik lesen wir den „Vorwärts“ und die „Gleichheit“ ist uns zu hoch. Zu meinem Erstaunen registrierte ich in jirka einem Jahre 37 solcher Antworten. Sie zeigen, welch einer großen Arbeit es noch zur Erweckung und Schulung der proletarischen Frauenmassen bedarf.

Zur Frage nach der Heimat: Land, Kleinstadt oder Großstadt ist es beachtlich, daß unter 112 Genossinnen 39 aus der Kleinstadt und 41 vom Lande stammen, während nur 32 in

Großstädten geboren wurden. Der Zug nach den Industriezentren löst also auch die Frauen vom Boden der Kleinstädte und des Landes. Die Frage: Wie lange sind Sie schon in Berlin? sollte Anhaltspunkte dafür geben, wie rasch die vom Lande und aus der kleinen Stadt stammenden Proletarierinnen zum Klassenbewußtsein in der Miesestadt erwachen, wo die sozialen Gegensätze scharf in die Erscheinung treten und die gesamte Atmosphäre der Aufklärung günstig ist. Die Zahl der eingegangenen Antworten ist jedoch zu klein, um daraus Schlüsse ziehen zu dürfen. Die Frage nach der Anzahl der Umzüge seit 1900 ist sehr mangelhaft beantwortet worden. Viele Genossinnen konnten auf Grund ihrer vielfach recht unvollständigen Erinnerungen nur ungenau angeben, wie oft sie seit 1900 umgezogen waren. Das moderne Nomadentum des großstädtischen Arbeiters ist ein trübes Kapitel seiner Lebensbedingungen. Unter 102 Frauen, die verheiratet, geschieden oder verwitwet waren, also mit Mobiliar usw. umziehen mußten, hatten nur 12 seit 1900 noch keinen Umzug durchgemacht, für 24 fehlten die Angaben ganz, und die übrigen 66 waren — soweit ihre Erinnerung reichte — zusammen 169 mal mit Sack und Pack umgezogen. Es wird wohl die wechselnde Arbeitsstelle des Mannes allein nicht sein, die solches Nomadieren erzwingt. Die Ausbeutung durch das mächtige und prozige Berliner Hausagrariertum und zum anderen der dauernde Mangel an gesunden Arbeiterwohnungen sind auch von großem Einfluß auf den fortgesetzten Wohnungswechsel.

Zum Schlusse noch einige allgemeine Ansichten auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen. Mir scheint, daß die Leseabende nicht das sein können, was die Versammlungen im allgemeinen sein sollen: große Aufklärungsmöglichkeiten, die breite Massen erfassen. Die Zusammenkünfte werden zu einer intellektuellen Auslese führen, nur eine Oberschicht von Frauen, deren geistige Regsamkeit und Charakterkraft über den Durchschnitt steht, wird ihre ständigen Besucherinnen stellen. Diese rekrutieren sich vorwiegend aus der schon politisch und gewerkschaftlich erweckten Proletariermasse. Die Frauen, die von Lichtstrahlen der modernen Arbeiterbewegung auch nicht einmal gestreift worden sind, werden unseren Leseabenden fern bleiben. Damit ist für mich auch schon die Frage beantwortet, ob wir unsere Leseabende der Agitation für die elementarsten Forderungen und Ideen der Arbeiterbewegung dienstbar machen sollen. Es kann dies nicht ihr Zweck sein. Diese Aufgabe wird nach wie vor durch Versammlungen, Flugblätter, persönliche Aufklärung usw. gelöst. Die Frauenzusammenkünfte sollen und müssen Schulen für alle diejenigen Genossinnen sein, die schon innerhalb der Arbeiterbewegung stehen und denen tieferes Verständnis ihres Wesens und ihrer Ziele bitter not tut. Die mitgeteilten Ergebnisse der Fragebogen lassen erkennen, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind, damit die Leseabende in steigendem Maße die Kreise dieser Genossinnen erfassen und mit der unentbehrlichen Schulung ausrüsten. Die Richtung, in der wichtige Vorarbeit zu leisten ist, wird uns gewiesen durch die geringe Zahl der gewerkschaftlich organisierten verheirateten Berufstätigen und durch die geringe Zahl der Gleichheitsleserinnen unter den Besucherinnen der Leseabende. Sollen aber diese Veranstaltungen dem hervorgehobenen Ziele dienen, so müssen sie nach einem ganz bestimmten Arbeitsplan geleitet werden. Welche Erfahrungen in dieser Hinsicht gesammelt wurden, sei in einem zweiten Artikel dargelegt. Kurt Heinig, Berlin.

Heraus mit dem Frauenwahlrecht!

Kurz ehe die Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses auseinanderzogen, mußten sie sich noch mit einem Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei beschäftigen, der die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen forderte (vergleiche Nr. 21 der „Gleichheit“). Der Sozialdemokratie gab das Anlaß, ihre eigenen Wahlrechtsforderungen zu erheben. Ihr Sprecher, Genosse Adolf Hoffmann, trat dabei namentlich auch für das Frauenwahlrecht ein. Wir lassen die betreffenden Ausführungen folgen, die bei unseren Genossinnen freundliche Zustimmung finden werden.

Genosse Hoffmann sagte: „Wir werden für den freistündigen Antrag stimmen (Ah! im Zentrum und rechts) — wir werden dafür stimmen, ich glaube ja zu Ihrem Schmerze. (Aufe rechts: Nein!) Wir nehmen, was zu haben ist, erklären aber, daß wir das nur als eine Abschlagszahlung ansehen, daß uns dieser Antrag nicht weit genug geht. Sie wissen, daß wir vor allen Dingen eine Herabsetzung des Alters der Wahlberechtigung auf 20 Jahre verlangen. (Zurufe rechts.) Sie genieren sich ja nicht, in Ihre Befehle aufzunehmen, daß von Leuten im Alter von 14, 15, 16 Jahren schon Steuern erhoben werden für die Erhaltung des Staats; Sie genieren sich ja nicht, zu bestimmen, daß von 17 Jahren und unter Umständen früher, von 18 und 19 Jahren aber bestimmt, der junge Mann Soldat werden, Leben und Gesundheit für das Vaterland einsetzen muß. (Sehr richtig! rechts.) Nun, wenn man mit 17, 18 Jahren schon klug genug ist, Leben und Gesundheit für das Vaterland zu opfern, dann muß man auch mit 20 Jahren klug genug sein, teilzunehmen an der Lenkung der Geschicke dieses Vaterlandes, und wenn es zu spät, mit 17 Jahren eventuell schon den Kaiserthron zu besteigen, dann langt es auch mit 20 Jahren zu, an dem Wahlrecht teilzunehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch das Frauenwahlrecht verlangen wir. Man hat noch in den letzten Tagen hier von „Damenwahlrecht“ gesprochen. Nun, wir haben Ihnen ja bei der rheinischen Landgemeindeordnung gezeigt, daß wir kein Damenwahlrecht haben wollen. Wir wollen das allgemeine Wahlrecht haben, wir wollen das Wahlrecht haben für alle über 20 Jahre Alten, ob Mann, ob Frau. Und wir meinen dazu berechtigt zu sein. Es ist ja nur bedauerlich, daß man Ihnen sagen kann: Sie hören nichts und lernen nichts. Schon im Jahre 1895 ist es im deutschen Reichstag am 13. Februar mein Parteifreund Nebel gewesen, der darauf hingewiesen hat, wie falsch Ihre Argumente sind, wenn Sie sagen: der Mann soll das Wahlrecht haben, denn er muß mit Leben und Gesundheit eventuell als Soldat einstehen für das Vaterland. Darauf antwortete damals Nebel:

Erlauben Sie! Wenn Sie sagen: hier ist eine Pflicht und eine Gefahr für die Männer, die gibt ihnen Anspruch auf ein Recht — dann sage ich: es gibt auch eine Gefahr für die Frauen, die unendlich größer ist als die Gefahr, der sich die Männer in den Kriegen aussetzen. Auf Grund der Statistik sind in Preußen im Zeitraum von 1816 bis 1876 allein rund 322000 Frauen am Kindbettfieber gestorben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Zählen Sie alle Männer in Preußen, die innerhalb dieser Zeit in Schlachten und Gefallen gefallen sind, zusammen, und Sie werden nicht entfernt auf die gleiche Zahl kommen.

Ohne Geburten haben Sie keine Soldaten (Sehr richtig! rechts); so ist es auch die Frau, die hier Opfer bringen muß, so ist es auch die Frau, die ein gleiches Wahlrecht wohl beanspruchen kann.

Es gibt auch eine ganze Reihe von Staaten — ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen — die bereits das Wahlrecht für die Frauen eingeführt haben, eine ganze Reihe von Staaten in Amerika und auch solche in Europa. Ich erinnere an das Bundesparlament in Finnland, an das norwegische Parlament. Ich erinnere daran, daß außerdem in anderen Staaten bereits das Frauenwahlrecht zu den Gemeindevertretungen besteht, so in Dänemark, England, Norwegen usw. Meine Herren, gestalten Sie mir gerade in bezug auf das Frauenwahlrecht noch einen Hinweis, nämlich auf den Staat Wyoming in Amerika. An dem bereits genannten Tage führte Nebel von diesem Staate im Reichstag an:

Nun gibt es aber in den Vereinigten Staaten einen Staat, der am 12. Dezember 1894 sogar das fünfundschwanzigjährige Jubiläum des politischen Stimmrechts der Frauen offiziell gefeiert hat. Im Jahre 1894 bereits das fünfundschwanzigste Jubiläum! Und da hat die Volksvertretung dieses Staates einstimmig folgende Adresse beschlossen, die ich Ihnen hier zum besten geben will. Sie lautet:

Der Besitz und die Ausübung des Stimmrechts durch die Frauen in Wyoming hat keinerlei schlechte, sondern nach vielen Richtungen hin gute Folgen gehabt. Es hat in hervorragender Weise dazu beigetragen, Verbrechen und Armut aus diesem Staate zu verbannen, und zwar ohne alle Gewaltmaßregeln. Es hat friedliche und ordentliche Wahlen, eine gute Regierung, einen bemerkenswerten Grad der Zivilisation, eine öffentliche Ordnung herbeiführen helfen, und wir weisen mit Stolz auf die Tatsache hin, daß seit 25 Jahren, seit die Frauen das Stimmrecht besitzen, kein Distrikt ein Armenhaus besitzt und unsere Gefängnisse so gut wie leer und Verbrechen so gut wie unbekannt sind. Gestützt auf unsere Erfahrung dringen wir darauf, daß jeder zivilisierte Staat auf Erden den Frauen ohne Verzug das Stimmrecht geben soll.

So hat im Jahre 1894 bereits ein Parlament in Amerika votiert, und Sie sträuben sich heute noch dagegen, den Frauen auch nur in der Kommune das Stimmrecht zu geben. Was nützen all die sonderbaren Reden darüber, daß die Frauen nicht für das Wahlrecht reif wären. Wären sie wirklich nicht reif, so würde das die Schuld der Erziehung, die Schuld der Art und Weise sein, wie man dem Volke die Kenntnisse vorenthält. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird aber sogar behauptet, die Frau wäre, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus geurteilt, nicht befähigt, von der Natur nicht dazu veranlagt, am politischen Leben teilzunehmen. Ja, meine Herren, in den Geschichtsbüchern unserer Schulen wird doch von der Regierungsweisheit einer Maria Theresia, ja selbst von der Regierungsglückseligkeit einer Katharina II. erzählt. In England hat vor nicht langer Zeit eine regierende Königin auf dem Thron gesessen, und ich will nicht behaupten, daß sie es schlechter gemacht hätte als der verstorbene Nachfolger; Spanien hat jahrelang eine regierende Regentin gehabt, und in den Niederlanden sitzt heute noch eine regierende Königin auf dem Thron. Wenn der Frauenverstand dazu langt, über Wohl und Wehe von Millionen Menschen zu entscheiden, dann wird er auch wohl dazu ausreichen, an dem eigenen Wohl und Wehe der Frauen mitzuarbeiten. Die Frau des arbeitenden Volkes muß ihre Kinder, die sie unter Schmerzen gebiert und unter Kummer und Sorgen groß zieht, dem Militarismus überliefern; dann muß sie auch ein Recht haben, mitzureden und mitzusprechen bei der Leitung der Geschicke unseres Vaterlandes.“

Aus der Bewegung.

Von den Organisationen. Die Hamburger Frauenbildungsabende nehmen ihren erfolgreichen Fortgang. In Harvestehude hielt am 14. Juni Genosse Lauffötter einen vorzüglichen Vortrag über „Freiheitsdichter und ihre Bedeutung für den Sozialismus“. Der Sozialismus ist nicht lediglich eine wirtschaftliche Frage, so führte der Referent aus. Er bedeutet eine Umwälzung der gesamten Kultur. Dadurch wird der Befreiungskampf des Proletariats zu einem Ideenkampf auf allen Gebieten des geistigen Lebens und zieht einen guten Teil seiner Kraft aus dem Boden der Kunst. Und vor allem die Dichter haben, so tief ihnen auch der Stempel ihrer sozialen Umgebung aufgeprägt ist, in ihrer Sehnsucht nach höheren Formen der Kultur die geistige Kluft zwischen dem kämpfenden Proletariat reich ausgestattet. — In Fuhlsbüttel sprach am 17. Juni Genosse Fröhlich über „Rebellenlieder“. Der Vortrag gewann an Lebendigkeit durch die packende Wiedergabe einer großen Anzahl von Freiheitsgedichten. An der Hand der Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts zeigte der Redner, wie die soziale und politische Gärung in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, die in der Revolution von 1848 ihren Höhepunkt erreichte, eine Reihe bedeutender Dichter auf den Plan rief. Dann kam eine Zeit politischer Reaktion und auch des Stillstandes der sozialen Lyrik. Mit dem Einsetzen der modernen Arbeiterbewegung belebte sich die Dichtung, gewann wieder sozialen Inhalt, befruchtet durch den immer schärfer sich entwickelnden Klassenkampf des Proletariats.

Die Frauenbildungsabende, die sich durchweg eines guten Besuchs erfreuen, regen die weiblichen Parteimitglieder zu weitergehender Betätigung an. Etliche Genossinnen hatten unter Zugrundelegung der Broschüre von Luise Zieh „Zur Frage des Mutter- und Säuglingschutzes“ Referate ausgearbeitet, denen an den Frauenbildungsabenden interessante Diskussionen folgten. Solche Vorträge und Diskussionen haben neben ihrer aufklärenden Wirkung das Gute, daß sie das Selbstvertrauen so mancher noch zögenden Genossin wecken und diese zur praktischen Mitarbeit ermutigen. Zur Zeit des Bäckersstreiks wurden die Genossinnen bei allen Frauenbildungsabenden aufgefordert, die kämpfenden Bäckergehilfen dadurch zu unterstützen, daß sie die gesperrten Brotfilialen in allen Stadtteilen besuchten und das dort laufende Publikum über den Grund und die Notwendigkeit des Boykotts aufklärten. Dieser Aufforderung sind die Genossinnen auch treulich nachgekommen, und sie haben dadurch zu dem Erfolg der Streikenden mit beigetragen.

Jahresbericht über die proletarische Frauenbewegung in Stettin. Für die Agitation unter den Proletarierinnen Stettins und Pommerns ist im vergangenen Jahre viel Arbeit und Zeit aufgewendet worden. Die Erkenntnis, daß die Frauen an der Verwirklichung unserer Ziele mithelfen müssen, bricht sich unter den Genossinnen immer mehr Bahn und veranlaßt sie, der proletarischen Frauenbewegung mehr Beachtung als früher zu schenken. Die Erfolge der einschlägigen Bestrebungen sind jedoch nicht immer

befriedigend. Jeder Genosse, jede Genossin muß daher die nach des Tages Last und Mühen bleibende Kraft ausbieten, um die Frauen und Männer der ausgebeuteten Massen aufzuklären und in Kämpfer und Kämpferinnen für ihr Recht zu verwandeln. Im Oktober vorigen Jahres fanden in Stettin drei öffentliche Frauenversammlungen statt, in denen Genossin Lungwih referierte. 10000 Handzettel waren zur Vorkitation verteilt worden, aber Besuch und Erfolg ließen viel zu wünschen übrig. Zur Vertiefung des Wissens der Genossinnen wurden außer den Distriktsversammlungen zwei außerordentliche Frauenversammlungen abgehalten, und von Februar bis April regelmäßig Lesabende. Die Veranstaltungen fanden leider nicht die notwendige Beachtung. Es ist dringend zu wünschen, daß die Genossinnen mehr aus sich herausgehen und durch besseren Besuch der bildenden Abende ihr Interesse an den jeweilig behandelten Fragen befunden. Der Kampf, den die Arbeiter führen, wird immer heftiger, deshalb müssen wir uns alle für ihn wappnen. Einen größeren Erfolg brachte der Frauentag vom 10. März, und zwar nicht nur in Stettin und seinen Nachbarorten, sondern in der ganzen Provinz. In Groß-Stettin fanden sechs zum Teil überfüllte Versammlungen statt, und in der Provinz wurden in allen Orten, in denen uns Lokale zur Verfügung stehen — leider sind es nicht sehr viele —, mit gutem Erfolg Versammlungen abgehalten. Der zahlenmäßige Gewinn dieser Provinzversammlungen war zwar nicht sehr groß, aber es war schon ein bedeutender Fortschritt, daß die Frauen überhaupt an ihnen teilnahmen. Der Frauentag hat unsere Überzeugung gestärkt, daß es trotz der brutalen Unterdrückung durch die herrschende Klasse allmählich gelingen wird, Licht in die dunkelsten Winkel unseres schönen Pommerlandes zu bringen. Dieser für die proletarische Frauenbewegung so denkwürdige Tag hat der Partei in Pommern im ganzen 260 neue Mitglieder, namentlich weibliche, zugeführt, die ihr hoffentlich treu bleiben und an dem großen Werk der Befreiung der Arbeiterklasse mithelfen werden. Im Mai fand in Stettin eine Antialkoholausstellung statt; auf Veranlassung des Vorstandes gestattete deren Leitung, daß die Genossinnen die Ausstellung an einem besonderen Abend besuchten, an dem ihnen zugleich ein lehrreicher Vortrag über den Alkohol gehalten wurde. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder in Stettin ist von 207 auf 315 gestiegen.

Über die Tätigkeit der Kinderschuttkommission ist in diesem Jahre leider nichts zu berichten, weil die Körperschaft völlig versagt hat. Es ist beschämend, das sagen zu müssen, da es auf dem Gebiet des Kinderschutzes wahrlich genug zu tun gibt. Im neuen Jahre soll es anders werden, mit Fleiß und Ausdauer wird für das Wohlergehen der proletarischen Kinder gewirkt werden. Eine aufopfernde Tätigkeit entfalten die Genossinnen in der Jugendbewegung. Hier könnten größere Resultate erzielt werden, wenn die Polizei nicht gar so liebevoll über die Bewegung der jungen Proletarier wachen würde. Aber auch die Überwindung der dadurch geschaffenen Hindernisse wird gelingen; wir werden aus den Schikanierungen der hohen Polizei lernen. Frisch ans Werk, so muß es für uns Frauen in diesem Jahre heißen. Wir stehen vor der Reichstagswahl und müssen dafür arbeiten, daß Männer in das Parlament gewählt werden, die die Interessen der Arbeiterklasse wirksam vertreten und das Verlangen der Frauen nach dem Wahlrecht nicht mit Hohn zurückweisen, sondern mit Nachdruck für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht aller Grobjährigen ohne Unterschied des Geschlechts kämpfen. Darum, Genossinnen, agitiert unter den Männern, daß keiner der Wahlurne fernbleibt, daß jeder den Kandidaten der Sozialdemokratie wählt. Agitiert unter den Frauen, daß alle ihre Pflicht in diesem Sinne tun. Macht euch frei von Vorurteilen und helft mit an dem großen Werk der Befreiung eurer Klasse.

Berta Horn.

Jahresbericht der Nürnberger Genossinnen. Der sozialistische Gedanke dringt immer mehr in die Köpfe der Frauenwelt. Auch in Nürnberg kann die proletarische Frauenbewegung für ihr letztes Tätigkeitsjahr schöne Erfolge verzeichnen. Die Zahl der politisch organisierten Frauen und Mädchen stieg im Berichtsjahre von 1050 auf 1470. Der Aufklärung und Gewinnung der Frauen diente eine Reihe öffentlicher und Bezirksfrauenversammlungen, die durchgehend gut besucht waren. Zur Erziehung und Schulung der Mitglieder wurden monatliche Vortragsabende veranstaltet. Die Besuchszahl der Genossinnen bei diesen Vortragsabenden betrug durchschnittlich 57. Dabei wurden behandelt an fünf Abenden die französische Revolution, an zwei Abenden die deutsche Revolution, ferner fanden Vorträge statt über die internationale Frauenbewegung und die Verhandlungen der sozialistischen Frauentagung in Kopenhagen. Zum bayerischen Parteitag in Erlangen und zum Magdeburger Parteitag wurde je eine Genossin

delegiert. Dem Bildungsausschuß und Jugendausschuß gehört eine Genossin an, und im Parteivorstand sind die Frauen gleichfalls durch eine Genossin vertreten. Die Möglichkeit, innerhalb gewisser Grenzen sich auf kommunalem Gebiet zu betätigen, ist den Frauen gegeben worden durch einen Beschluß des bayerischen Landtags, der den Frauen das Recht einräumt, als Helferinnen in der Armen- und Waisenfürsorge mitzuarbeiten. Von diesem Recht haben die Nürnberger Genossinnen guten Gebrauch gemacht, und bereits sind neun von ihnen in der Waisen- und Armenpflege als Helferinnen tätig. Die Unterzeichnete wurde in den Ausschuß für Armenanstalten berufen und konnte hier namentlich für die Kinder Erspriessliches leisten. Hervorzuheben wäre noch unter dem erfolgreichen Wirken der Nürnberger Frauenorganisation die wichtige Frauenwahlrechtsdemonstration vom 18. März, die ihren Höhepunkt in dem gewaltigen Zug der Frauen erreichte. Eine Reihe von Broschüren wurde an die Genossinnen gratis verteilt, so 1400 Stück der Broschüre „Zur Frage des Mutter- und Säuglingschutzes“, ferner 2500 Stück der Broschüre „Liebe Schwester“, die dazu dienen soll, der Partei neue weibliche Mitglieder zuzuführen. Die agitatorisch tätigen Genossinnen erhalten außerdem noch eine Anzahl neuer Broschüren gratis. Die Nürnberger Genossinnen können mit Stolz zurückblicken auf das, was sie zur Gewinnung und Heranbildung der Frauen in diesem Jahre geleistet haben. Sie sind bereits gerüstet zum Feldzug des neuen Jahres, des Wahljahres, in dem sie die Erfolge des letzten Jahres zu verdoppeln hoffen.

Helene Grünberg.

Hannah Lewin-Dorsch †.

Eine tief erschütternde Kunde ist in letzter Stunde gekommen, unerwartet wie der Dieb in der Nacht. Hannah Lewin-Dorsch ist plötzlich einem schweren Gehirnleiden erlegen. Die sozialistische Frauenbewegung verliert in ihr eine ihrer reifsten und tüchtigsten Trägerinnen, die „Gleichheit“ eine vorzügliche Mitarbeiterin von weitschaffender gründlicher Bildung, treuer Gewissenhaftigkeit, brennendem Eifer und großem Talent. Tausende und aber Tausende unserer Leserinnen werden es schwer empfinden, wenn Hannah Lewin-Dorsch's kundige und schilderungsfrohe Feder sie nicht mehr in der Beilage lehrend und anregend durch die Zeiten und Länder führt.

Die Verstorbene entstammte gut bürgerlichen, orthodox protestantischen Kreisen, und es war ihr nicht an der Wiege gesungen worden, daß sie eines Tages als leidenschaftliche Befürworterin des wissenschaftlichen, des revolutionären Sozialismus für das kämpfende Proletariat wirken sollte. Aber in ihren Adern pulsierte Rebellenblut. Mit leuchtenden Augen erzählte sie davon, daß einer ihrer Großväter, ein Westfäling von echtem Schrot und Korn, 1848 ein gar reißiger Sturmgewiss gewesen sei. Dieses Rebellenblut wurde ein Stück ihres Schicksals und vollendete, was in ihrem inneren und äußeren Entwicklungsgang ein glühender, ja geradezu fanatischer Wahrheitsdrang begann. Auf viel verschlungenen und oft recht dornigen Pfaden ist Hannah Lewin-Dorsch von Jugend auf der Wahrheit nachgegangen, und mit schweren Kämpfen hat sie die einheitliche und harmonische Weltanschauung erlaßt, nach der ihr auf philosophisches Durchdringen gerichteter Geist verlangte, wie auch die persönliche Selbstständigkeit, die für ihren stolzen, aufrechten Sinn Lebenslust war.

Reiche und vielseitige Gaben, die nicht bloß auf wissenschaftlichem, sondern auch auf künstlerischem Gebiet lagen, ließen sie lange suchen und tasten, ehe sie den Wirkungskreis fand, der ihr Befriedigung gewährte. Talent und Hingabe hatten Hannah Dorsch als Krankenschwester eine angesehenere Position gebracht. Als aber eindringende naturwissenschaftliche Studien ihr den Bruch mit der Kirche und dem christlichen Bekenntnis zur sittlichen Pflicht machten, gab sie den liebgewonnenen Beruf auf. Durch ihre Entwicklung zur Monistin, zur freien Denkerin im schönsten Sinne des Wortes, trat sie in freundschaftliche Beziehungen zu Professor Arnold Dodel, der sie mit Stolz das Kind seines Geistes nannte. In den letzten und vielleicht schwersten Jahren seines Lebens ist sie diesem bedeutenden und trefflichen Manne Helfende und Anregende, Pflegerin und Beraterin gewesen, und ihr versiehendes Mitgefühl, ihr stilles, überlegenes Walten hat ihm Sonnenschein über düsterste Tage gestreut.

Durch Professor Dodel ward Hannah Dorsch zuerst der Sozialismus nahe gebracht, jedoch wuchs die Schülerin bald über den Meister hinaus. Ihrem auf Klarheit, Folgerichtigkeit und Einheitlichkeit gestimmten Wesen genügte der gefühlsmäßige Sozialismus nicht, es forderte eine fest fundierte wissenschaftliche Erkenntnis. Hannah Dorsch vertiefte sich in die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus. Diese wirkten auf sie wie eine neue Offenbarung, sie

gaben ihr, was ihr noch fehlte. Die materialistische Geschichtsauffassung wurde der Schlüssel zum Verständnis der treibenden Kräfte und Zusammenhänge der Menschheitsgeschichte. Erst als überzeugter Sozialdemokratin schloß sich ihr die Weltanschauung zum Ringen. Zum Studium der Naturwissenschaften trat nun das der Gesellschaftswissenschaften und insbesondere der Geschichte. Hand in Hand mit dem Lernen und Forschen an der Universität Zürich gingen Arbeiten, die die breitesten Volksmassen mit Kenntnissen auszurüsten sollten. Denn diesen zu dienen, ihnen Waffen schmieden zu helfen im Kampfe für ihre Befreiung, das war das Ziel, das Hannah Lewin-Dorsch ihrem Wirken gesetzt hatte. Sie wurde die geschätzte Mitarbeiterin der „Gleichheit“, der „Arbeiter-Jugend“ und anderer Parteiblätter noch in Deutschland und Österreich, und kurz vor ihrem Tode noch hat sie eine Reihe wertvoller kulturgeschichtlicher Abhandlungen vollendet, die demnächst erscheinen werden.

Auf der Höhe ihrer Reife und Kraft war zu ihr das persönliche Glück gekommen. Hannah Dorsch hatte einen Lebensgefährten gefunden, der mit ihr eins war in der Gesinnung, eins im leidenschaftlichen Ringen um Erkenntnis und Tat. Und vor kaum Monatsfrist war ihr mit der Geburt eines Töchterchens die lange heimlich ersehnte Seligkeit der Mutterchaft zuteil geworden. Im Winter gedachte Hannah Lewin-Dorsch ihre Studien formell durch das Doktorexamen abzuschließen. Sie hatte die Schubfächer voller Material, das sie uns nutzbar machen wollte, den Kopf voller Pläne, wie sie das am erfolgreichsten zu tun vermöchte. Zu den schriftlichen Arbeiten sollten sich Vortragskurse gesellen usw. Nun hat der Tod allen Absichten, allen Wünschen dieses leidenschaftlichen und reinen Herzens, allen Energien dieses kraftvollen Geistes und starken Willens ein Ziel gesetzt. Wir haben mit Hannah Lewin-Dorsch eine teure, unvergeßliche Freundin eingefargt und viele unserer liebsten Hoffnungen auf eine reiche Zukunftszeit, die der kämpfenden Arbeiterklasse reifen konnte.

Politische Rundschau.

Eine amtliche Note der deutschen Regierung hat am 4. August bekanntgegeben, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko zu einer Annäherung über den prinzipiellen Standpunkt geführt haben; die Einzelheiten des Abkommens sollen in weiteren Verhandlungen ausgearbeitet werden. Auf welcher Grundlage die Annäherung erfolgt ist, das heißt was Frankreich und Deutschland einander zugestehen, das wird noch geheim gehalten. Indes ist nach den Andeutungen, die hier und da in die Presse, besonders die ausländische, gelangt sind, anzunehmen, daß Deutschland in Marokko auf Gebietserwerb verzichtet und sich dort mit der Sicherstellung der Beteiligung deutscher Kapitalisten an der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes begnügt. Für diesen Verzicht aber auf ein Stück des ihm gar nicht gehörenden Marokko soll Deutschland durch einen Teil der französischen Kongo-Kolonie entschädigt werden. Damit wären also, wenn man den Mitteilungen der Regierung trauen darf, die unmittelbaren Gefahren des brennlichen Marokkoabenteurers etwas gedämpft, und es bliebe dem deutschen Untertan nur noch die Pflicht übrig, ein Loblied auf seine Staatsmänner anzustimmen, die durch ihr Genie für sein Vaterland eine fetts „Kompensation“ herausgeschlagen und so das Deutsche Reich ohne Blutvergießen vergrößert haben. Wenn Behntel des deutschen Volkes, vor allem das deutsche Proletariat, haben indes nicht den mindesten Anlaß, sich über dieses Glück der deutschen Regierung zu freuen. Denn ihnen bringt die Vermehrung des deutschen Kolonialgebietes nur eine Vermehrung der Steuern, eine Vermehrung der Kolonialbesitze und der Militär- und Marinekosten. Für die Kreise der großen Finanzleute und der Schwerindustriellen, die an Anleihen und Lieferungen für Eisenbahn-, Brücken- und Hafengebäuden usw. in den Kolonien außerordentlich verdienen, bedeutet allerdings jede Vergrößerung der deutschen Kolonien baren Gewinn. Soweit die Junker nicht selbst an den unmittelbaren Profitten der Kolonialabenteuerer beteiligt sind, ziehen sie doch mit an dem Strange der Kolonialpolitik, weil sie von einem die Kriegsgefahren steigenden gewaltsamen Vorgehen nach außen eine Stärkung der auf Waffengewalt sich stützenden Reaktion im Innern erhoffen. Ein Grund mehr, der die Arbeiterklasse zur entschiedenen Gegnerin der Weltmacht- und Kolonialpolitik macht. Und es ist noch sehr fraglich, ob der Erwerb eines Stückes des französischen Kongo das kleinere Übel ist gegenüber der Annexion eines Teils von Marokko, die uns wahrscheinlich einen langwierigen und blutigen Krieg mit den kasperen Berber besichert hätte. Denn die Ausbreitung Deutschlands in Mittelafrica bringt dieses in schärferen Gegensatz zu England, trotz aller Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten, der zurzeit vor einem Kriege

zurückzuschrecken scheint. Indes sind die deutschen Marokkopetulantien mit dieser Lösung gänzlich unzufrieden. Sie toben darob, daß die deutsche Regierung nicht auf der Annexion von Südmorokko bestanden hat. Doch haben sie jetzt die Richtung ihrer Angriffe geändert. Während vor kurzem noch die alldeutsche Hez gegen den Staatssekretär des Äußeren v. Kiderlen-Wächter ging, der als ein „Minderer des Reichs“ denunziert wurde, richtet sie sich jetzt gegen den Kaiser. Der Kaiser zwingt den wackeren Schwaben Kiderlen zu einer Politik des Friedens um jeden Preis. Die „Post“ und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ führen dabei eine ruppige Sprache gegen Wilhelm II., über deren Unehrerbietigkeit dem deutschen liberalen Spießbürger das Herz in die Hofen fällt. Die „Post“ schreibt, Frankreich und England rechneten in ihrer Politik auf „Wilhelm den Furchtsamen, den prahlerischen Hasenfuß!“ Und weiter heißt es in dem Organ der Freikonservativen: „Wir trösten uns mit ästhetischen Teelränzchen, Dinners, Soupers, Reisen, Besichtigungen, Feiern aller Art über die Schmach des Vaterlandes. Und ernten damit billiges Lob des Auslandes, hinter dem die Verachtung steht!“ Das Essener Blatt erklärt ganz unerböhlichen, daß ein solcher Ausgang der Agadiraffäre das deutsche Volk zu dem Entschlusse bringen müsse, im Kampfe gegen seine Fürsten groß zu werden. Es ist amüsant zu sehen, wie die großmäuligsten Kämpfer gegen den Umsturz schier königsmörderisch werden und wie ihre patentierte Königstreue wie schlechter Anstrich von ihnen abfällt, da der König angeblich nicht so will wie sie wollen.

Der feste Wille des Proletariats, den Frieden zu schützen gegen die verbrecherischen Provokationen der Marokkointeressenten diesseits wie jenseits der Vogesen kam in der Meisenversammlung der Berliner Arbeiter zutage, die unter Leitung der Gewerkschaften und mit Beteiligung der Partei aus Anlaß des Besuchs französischer Gewerkschaftsführer stattfand. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bis jetzt leider eine kraftvolle Initiative in dieser hochbedeutsamen Situation vermissen lassen. Die preussische Polizei hat der Demonstration nichts in den Weg gelegt — sie muß wohl eingesehen haben, daß sie durch Verbote bei ähnlichen Gelegenheiten die Wucht der Kundgebung nur verstärkt hat. Indes konnte sie doch nicht umhin, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie das Schwert nicht umsonst trägt und stets über die Sicherheit des Staates wacht. Sie wies den französischen Gewerkschafter Yvetot aus. Dieser hatte auf dem Begrüßungsabend der Gäste durch die Generalkommission der Gewerkschaften zu einer Zeit, da die Gefahr eines blutigen Zusammenstoßes zwischen Frankreich, England und Deutschland aufs höchste gestiegen war, die selbstverständliche Folgerung aus der Kriegsbege der Herrschenden mit diesen Worten gezogen: „Versucht es nur einmal, ihr Schafslöpfe, ein Volk gegen das andere aufzuheben, ein Volk gegen das andere zu bewaffnen, ihr werdet sehen, daß die Völker vielleicht einen anderen Gebrauch von den Waffen machen werden, die ihr ihnen in die Hand gebt. Wartet ab, ob die Völker nicht einen anderen Feind bekämpfen werden, als ihr glaubt.“

Der Fall Jatho hat ein nicht weniger Aufsehen erregendes Nachspiel gehabt. In der Luisenkirche zu Charlottenburg hat der liberale Pastor Kraah in seiner Predigt den Fall Jatho gestreift und dann die kirchlich-liberale Halbheit vorgetragen, daß die Bibel nur zum Teil, nicht gänzlich Goites Wort sei. Das hat einige Offiziere, die Soldaten zum befohlenen Gottesdienst geführt hatten, um das Seelenheil der Mannschaften besorgt gemacht. In der Erkenntnis, daß der Pfarrer nicht das reine Evangelium predige, haben sie die Soldaten mitten in der Predigt zum Verlassen des Lokals kommandiert. Eine derartige Störung eines Gottesdienstes ist mit strenger Strafe bedroht. Den Offizieren geschieht aber nichts, die Kirchenbehörde, an die sich der Pfarrer mit einer Beschwerde gewendet hatte, lehnt es sogar ab, auch nur die Namen der Herren zu ermitteln. Und in der blau-schwarzen Presse werden diese mutigen Veleuner, „die nur ihre Pflicht getan haben“, bis übers Bohnenlied gelobt. Es wird einfach für selbstverständlich erachtet, einmal daß Offiziere das Recht zur Störung religiöser Handlungen haben, und dann daß der militärische Vorgesetzte nicht nur den Soldaten zum Kirchgang kommandieren, sondern daß er ihm auch das vorzeitige Verlassen der Kirche anbefehlen darf, daß er ihm nicht bloß durch Zwang die Religion erhalten muß, sondern daß er auch darüber zu bestimmen hat, wie diese Religion ausseht. Der Militarismus etabliert sich als Zensor auf religiösem Gebiet: Die Erfolge, die er dabei erzielt, werden zwar äußerst mager sein. Es verdient aber doch verzeichnet zu werden, daß in Deutschland die Soldaten im Widerspruch zu dem Recht auf Gewissensfreiheit, das in allen deutschen Vaterländern stillschweigend oder ausdrücklich in Verfassungsbestimmungen anerkannt ist, zwangs-

weise zur Frömmigkeit und Rechtgläubigkeit angehalten werden. Auch das Vorrecht von Offizieren auf Störung des Gottesdienstes ist beachtenswert.

Das Zentrum verlor bei der Nachwahl im bayerischen Landtagswahlkreis Günzburg über 400 Stimmen und das Mandat an den Bauernbund, der allerdings kaum minder reaktionär als die schwarze Partei ist.

Das französische Ministerium Caillaux setzt seine Hegejagd gegen die Arbeiterorganisationen eifrig fort. Die Hausdurchsuchungen in den Gewerkschaftsbüros reifen nicht ab. Ein Streikbrecher, der einen Streikenden erstach, ist außer Verfolgung gesetzt worden — er hat sich natürlich in Notwehr befunden. Der Gewerkschaftsführer Métiot wurde als Lockspiegel der Regierung entlarvt — er hatte sich schon unter dem Ministerium Clemenceau zu diesem sauberen Dienste anwerben lassen. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Besuch der französischen Arbeiterdelegation in Deutschland erhielt eine weit über seine ursprüngliche Bestimmung hinausgehende Bedeutung durch die mächtige Demonstration der Berliner Arbeiterschaft wider die kapitalistische Kriegshege. Im übrigen galt der Besuch der Delegierten ausschließlich dem Studium gewerkschaftlicher Einrichtungen. Die französischen Gewerkschaften, die diese Delegation herübergeschickt haben, stehen durch ihre grundsätzlichen Anschauungen wie ihre Taktik in schroffem Gegensatz zu der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ihre Theorie wie ihre Praxis, die sie in nahe Beziehung zu unseren Lokalkisten bringt, hat auf dem Boden der deutschen Arbeiterklasse nur schwach Wurzel gefaßt und würde Zentralverbände und Partei in Deutschland zu ihren Gegnern machen. Trotzdem sah die Vertretung der deutschen Zentralverbände, die Generalkommission, die französischen Gewerkschaftler gern bei sich zu Gast. Sie tat dies in der Erkenntnis, der von Vertretern der Generalkommission auch Ausdruck verliehen wurde, daß die Verhältnisse der französischen Arbeiterbewegung nicht einfach mit dem Maßstab unserer deutschen zu messen sind, und daß die politische Vergangenheit und Entwicklung Frankreichs die gewerkschaftliche Organisation des französischen Proletariats bisher in ein anderes Fahrwasser drängen mußte. Für unsere französischen Brüder, soweit sie als Syndikalisten die Befreiung des Proletariats ausschließlich von wirtschaftlichen Machtmitteln erhoffen und deshalb eine nähere Beziehung zu der politischen Organisation der Arbeiterklasse ablehnen, mußte daher ein Einblick in die deutschen Organisationsverhältnisse um so lehrreicher sein. Legien ging denn auch in seinem Vortrag besonders ein auf das enge und freundschaftliche Verhältnis unserer Zentralverbände mit der sozialdemokratischen Partei. Und was für gute Früchte die Einheit von politischer und gewerkschaftlicher Bewegung trägt und welche Schlagkraft sie der deutschen Arbeiterbewegung verleiht, das mußte den französischen Kameraden besonders in der von Gewerkschaften und Partei gemeinsam veranstalteten Friedensdemonstration in der Neuen Welt in Berlin zum Bewußtsein kommen. Sonst haben unsere französischen Genossen den gleichen gewerkschaftlichen Anschauungsunterricht genossen wie die zwei belgischen Arbeiterdelegationen vor ihnen. Sie beschäftigten dieselben gewerkschaftlichen Einrichtungen und Bureaus. Dabei griff auch einmal der Polizeieifer störend ein, indem Genosse Huetot im Verbandsbureau der Metallarbeiter verhaftet werden sollte. Diese engen internationalen Beziehungen der Gewerkschaften, die von der deutschen Generalkommission in letzter Zeit gepflegt werden, haben entschieden hohe praktische Bedeutung. Nicht mehr auf gelegentliche Korrespondenzen, nicht auf Berichte mit zahlenmäßiger Angabe über die Zahl der Mitglieder, der Streiks usw., auch nicht auf gelegentliche Konferenzen beschränkt sich die Tätigkeit des internationalen gewerkschaftlichen Bureaus, sondern sie erstreckt sich jetzt auch auf die Vermittlung persönlichen Einblicks in die Organisationsformen der verschiedenen Länder und gewährt dadurch eine tiefere Erkenntnis der internationalen Arbeiterbewegung. Sicher haben unsere französischen Kameraden eine richtigere Anschauung von der deutschen Gewerkschaftsbewegung und vor allem von der Notwendigkeit des Zusammenwirkens der politischen und gewerkschaftlichen Organisation mit nach ihrer Heimat genommen. Dieser Anschauungsunterricht, dieser persönliche Austausch von Meinungen und Erfahrungen wirkt mächtig fördernd in der Richtung auf eine engere Verbindung der Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder hin, durch die die Macht der internationalen Proletarierarmee immer mehr gesteigert wird.

Selbst in dieser sonst durch wirtschaftliche Konflikte wenig gestörten Jahreszeit fechten die Arbeiter heuer größere Kämpfe aus. Noch

immer ringen die Hamburger Holzarbeiter in musterhafter Geschlossenheit um einen für sie und die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung bedeutungsvollen Preis, um den paritätischen Arbeitsnachweis. Alle Vermittlungsvorschläge aus dritter Hand mußten sie bis jetzt ablehnen im Interesse des Ansehens ihrer Organisation, die diesen Kampf durchhalten wird.

Auf den Schiffswerften hat sich bereits wieder schwerer Konfliktstoff aufgehäuft. Die Werftbesitzer kommen den im Vorjahr in den Verhandlungen geschlossenen Vereinbarungen nicht nach. Vergebens erhoben die Arbeiterorganisationen beim Verband der Metallindustriellen gegen diesen Vertragsbruch wiederholt Vorstellungen. Eine Konferenz der Zentralvorstände und der Zentralwerftkommission beschloß eine Sammlung des Beschwerdematerials und forderte von den Werftbesitzern Rechenschaft über die Erfüllung der getroffenen Abmachungen. Eine große Versammlung der Arbeiter beauftragte die Vertrauensleute, eine allgemeine Bewegung zu gegebener Zeit in die Wege zu leiten.

Die angeordnete große Aussperrung in der Glasindustrie wurde noch im letzten Augenblick verhütet. Durch Verhandlungen kam eine Einigung zwischen Arbeitern und Unternehmern zustande. Hätten die Unternehmer gleich von Anfang an etwas Einsicht besundet, so wäre auch der 20wöchige Kampf in Nauscha vermieden worden, der jetzt fast zum Anlaß für eine allgemeine Aussperrung geworden wäre.

Schwere Kämpfe drohen in der Metallindustrie und haben zum Teil bereits eingesetzt. In Nürnberg stehen nunmehr 3000 Arbeiter der Spielwarenindustrie im Streik. — Da die Einigungsverhandlungen in der Thüringer Metallindustrie gescheitert sind, hat der Verband Thüringer Metallindustrieller beschlossene, sämtliche Arbeiter auszusperrt.

In der bergischen Metallindustrie sind die Arbeiter im Streik getreten, weil die Unternehmer ihre niedrigen Forderungen zurückwiesen. Bei 35 Firmen, die 2500 Arbeiter beschäftigen, waren Forderungen eingereicht worden. Die Bewegung dürfte einige tausend Arbeiter umfassen und führt vielleicht noch zu einer Aussperrung. — Auch die Leipziger Metallindustriellen wollen gegen 10000 Arbeiter aussperrn. — Eine Aussperrung von gegen 8000 Arbeitern der Daimlerschen Motorenfabrik zu Untertürkheim wurde nach einwöchiger Dauer durch Verhandlungen mit einem für die Arbeiter annehmbaren Ergebnis beendet. — Der Streik auf der Schichauwerft in Danzig dauert nun schon 17 Wochen. Alle Verhandlungen, auch die von bürgerlicher Seite angeregten, scheiterten an dem Starrsinn des Besitzers der Werft, der 85facher Millionär ist, sich aber nicht zu einer Erhöhung des 80 Pf.-Stundenlohnes verstehen kann. Der Streik droht jetzt auch auf die Elbinger Werft überzugreifen, die betriebstechnisch mit der Danziger Werft in Verbindung steht. Eine von 3500 Arbeitern besuchte Versammlung in Elbing sprach den Danziger Streikenden ihre Sympathie aus und beauftragte die Vertrauensmänner, weitere Maßnahmen zu beraten.

In der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen nimmt der Streik täglich an Ausdehnung zu. 2500 Arbeiter sind in diesem Riesenbetrieb bereits ausständig, und es ist nicht ausgeschlossen, daß weitere 7000 Arbeiter die Arbeit einstellen und dadurch den gesamten Betrieb lahm legen werden. Die Fabrik verlor die ihr bis dahin treugebliebenen Arbeiter durch Lohnzulagen von 6 Mk. pro Woche für die Zeit des Ausstandes an sich zu fesseln. Der angebotene Zusatzlohn versagte aber seine Wirkung. Die Arbeiter, die noch nicht am Streik beteiligt waren, verweigerten die ihnen zugewandte Streifarbeit. Dieser Streik beleuchtet wieder einmal die verächtliche Brutalität des Kapitalismus in der chemischen Industrie. Die Ausbeuter, die in dieser Industrie besonders hohe Profite einheimen, versagen den Arbeitern, die in den grauenhaften Giftkammern ihr Leben ruinieren, die geringste Verbesserung ihrer erbärmlichen Lage.

Sehnsucht nach dem Zuchthausgesetz ist die neueste Äußerung christlichen Arbeiterverrats, die allerdings nicht weiter überrascht. Die polnische Ausgabe des „Bergknappen“, Organ des christlichen Bergarbeiterverbandes, geistert in Nachäffung der Scharfmacher wider die Verhandlungen des Dresdener Gewerkschaftskongresses. Namentlich das sachliche Referat des Genossen Heinemann über die zukünftige Gestaltung des Koalitionsrechts nach der Neuregelung des Strafgesetzes erregte den Horn des christlichen Organs. Heinemanns Darstellungen werden als Fabeln bezeichnet und es wird verlangt, daß das zukünftige Strafgesetz energische Maßregeln vorsehe gegen den Terrorismus der „sozialistischen wilden Horde“. Christliche Gewerkschaftsführer und brutale Scharfmacher — ein Herz und eine Seele! #

An der Lohnbewegung in der Berliner Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie, von der in Nr. 21 der „Gleichheit“ berichtet wurde (vergl. den Artikel „Ein erfolgreicher Tarifabschluss in der Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie“), waren — wie uns Genosse Kloth, Vorsitzender des Deutschen Buchbinderverbands mitteilt — in der Hauptsache Mitglieder dieser Organisation beteiligt. Der Buchbinderverband hat mit dem erfolgreichen Tarifabschluss den vielen Erregenschaften, die ihm die Arbeiter und Arbeiterinnen des Gewerbes verdanken, einen weiteren begrüßenswerten Fortschritt in der Hebung ihrer Lage hinzugefügt.

Nachwehen des Streiks in der Bielefelder Wäscheindustrie. An dem Streik der Arbeiterinnen der Bielefelder Wäscheindustrie, der von Oktober bis Dezember v. J. dauerte, beteiligten sich auch fast alle in Lage beschäftigten Heimarbeiterinnen. Die Frauen Grundmann und Siemke jedoch schafften weiter und fuhren Anfang November v. J. nach Bielefeld, um sich Arbeit zu holen. Als sie unverrichteter Sache nach Lage zurückkamen, trafen sie mit dem Tischler Marxmann und dem aus der Schweiz gebürtigen Holzbildhauer Maurer zusammen, der seit 1909 in einer Möbelfabrik zu Lage beschäftigt ist. Die beiden Männer begleiteten die Frauen, um sie über ihr unsolidarisches Verhalten aufzuklären. Der Tischler Marxmann soll ihnen dabei gedroht haben: „Fahrt ihr noch mal nach Bielefeld, dann wißt ihr, was euch passiert, ihr Säuren! Ihr solltet euch was schämen, daß ihr euren Kolleginnen in den Rücken fallt. Wenn ihr kein Brot mehr habt, wollen wir euch was kaufen!“ Marxmann wurde auf Grund dieser Worte am 22. Februar ds. J. vom Schöffengericht zu Lage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Holzbildhauer Maurer beschwor in der betreffenden Schöffengerichtsverhandlung, daß er diese Worte hätte hören müssen, wenn sie gefallen wären. Darauf wurde er des Meineids angeklagt und am 21. Juni ds. J. vom Schwurgericht Detmold verurteilt. Vor dem Schwurgericht bejubelten Zeugen, Näherinnen und Arbeiter, die Marxmann zur Last gelegten Äußerungen nicht gehört zu haben. Obgleich Maurer bei Beginn der Sitzung darauf hingewiesen hatte, daß seine schweizerische Mundart ihm bei den Verhandlungen von Nachteil sei, gingen der Vorsitzende und der Staatsanwalt, ein junger Assessor, hart mit ihm und Marxmann um, so daß die beiden oft geradezu verwirrt wurden. Der Staatsanwalt erklärte in seiner Anklage, die Achtung vor der Religion und unseren Staatseinrichtungen schwände immer mehr; dem Angeklagten sei die mangelnde Scheu vor der Heiligkeit des Eides verhängnisvoll geworden, als er seinen Kollegen reinwaschen wollte. Er beantragte zwei Jahre Zuchthaus, zwei Jahre Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit zur Eidesleistung. Die Geschworenen — 8 Guttsbesitzer, 8 Kaufleute, 1 Mühlenbesitzer — gingen in ihrem Urteil noch über diese harte Strafe hinaus und erkannten auf drei Jahre Ehrverlust. Die nämlichen Geschworenen hatten vorher zweimal in Anklagen wegen Falschheid einen Freispruch getan. Allerdings waren es keine Arbeiter, die in diesen Fällen auf der Anklagebank gesessen hatten. Man sollte meinen, der Ausgang des Wiederaufnahmeverfahrens in dem berühmten Schöder-Prozess zu Essen hätte die Geschworenen warnen müssen, im Falle Maurer eine Verurteilung auszusprechen. Dieser Ausgang — die Aufhebung des Urteils wegen Meineid — hat gezeigt, mit welcher furchtbaren Schuld sich seinerzeit die Essener Geschworenen vom Jahre 1895 belastet hatten. Es scheint jedoch, daß derartige Beispiele ohne Wirkung auf die bürgerliche Klassenjustiz bleiben. In Fällen, welche mit Streiks, Aussperrungen, kurz mit wirtschaftlichen Kämpfen der Ausgebeuteten zusammenhängen, geht diese gerade in letzter Zeit blindwütend ihre Wege, die dem Rechtsempfinden der werttätigen Massen und ihrer Logik schnurstracks zuwiderlaufen. Solche Wege können nur aus der Erkenntnis von der Rolle der Klassenengegenseit und Klassenkämpfe begriffen werden. So hart die Urteile der bürgerlichen Klassenjustiz Proletarier treffen, so lehrreich sind sie für ihre Erweckung und Schulung zum Klassenkampf.

Gewerkschaftliche Kämpfe in Braunschweig. Seit die Arbeiter und Arbeiterinnen der Seifenfabrik von Joh. Fr. Weber in Braunschweig im Jahre 1908 ihren Streik verloren hatten, standen sie der Organisation fern. Die Folgen davon traten bald zutage. Die Löhne fielen. Der Anfangslohn betrug schließlich nur noch für Männer 26 Pfennig, für Frauen 16 Pfennig pro Stunde. Im Frühling dieses Jahres besannen sich die Arbeitslosen des Betriebes auf ihre Rechte. Alle dort Beschäftigten traten der Organisation bei, dem Fabrikarbeiterverband. Die Verbandsleitung ersuchte den Inhaber der Firma schriftlich, die teilweise geradezu jämmerlichen Löhne zu erhöhen. Herr Weber antwortete, er könne sich

momentan nicht mit der Angelegenheit beschäftigen; in 5 bis 6 Wochen werde er darauf zurückkommen und dann mit den Arbeitern selbst verhandeln. Damit gaben sich diese aber nicht zufrieden. Als einige neue Arbeiter eingestellt wurden, vermuteten sie, daß diese angelernt und die seither Beschäftigten zum Teil entlassen werden sollten. Am 1. Mai legten alle — 10 Arbeiterinnen und 19 Arbeiter — die Arbeit nieder. Die Verwaltung des Fabrikarbeiterverbandes versuchte sofort eine Verhandlung mit dem Arbeitgeber anzubahnen, die Herr Weber jedoch ablehnte. 14 Tage dauerte der Streik. Arbeitswillige fanden sich wenig. Nun kam es zu Verhandlungen und da die Arbeiterschaft des Betriebs fest blieb, mußte sich der Unternehmer schließlich dazu bequemen, sofort 1 Pfennig Lohnzulage pro Stunde zu gewähren. In 2 bis 3 Wochen sollte eine weitere Erhöhung der Löhne erfolgen. Die Firma hat das gegebene Versprechen gehalten und eine Lohnzulage von 3 bis 8 Pfennig pro Stunde bewilligt.

In den beiden Zichorienfabriken von George Schmidt & Co. und Reusch & Schulz stellten die Arbeiterinnen und Arbeiter folgende Forderungen an die Arbeitgeber: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, Lohnerhöhung und Neuregelung der Akkordsätze. Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde von beiden Firmen zugestanden. Die Arbeiter der Firma Schmidt & Co. erhielten außerdem eine Lohnerhöhung von 1 Mark pro Woche. Durch die Neuregelung der Akkordsätze haben die Arbeiterinnen einen Mehrverdienst von wöchentlich 2 Mark. Bei der Firma Reusch & Schulz hatte die Mehrzahl der Arbeiter erst kürzlich eine Lohnerhöhung bekommen. Nach Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer bereit, für 9 1/2 Stunden denselben Lohn zu zahlen, wie früher für 10 Stunden. Zwei Arbeiter erhielten außerdem noch eine Zulage von 50 Pfennig pro Woche. Die Akkordsätze der Arbeiterinnen wurden entsprechend dem Vorschlag der Organisation geregelt. Beschäftigt sind in beiden Betrieben insgesamt 55 Arbeiter und 7 Arbeiterinnen.

Zu Differenzen kam es in der Konservendosenfabrik von Gebrüder Schmalbach. Die Leitungen des Fabrik- und des Metallarbeiterverbandes hatten gemeinsam Forderungen auf Erhöhung der Akkordlöhne eingereicht. Ein Zugeständnis der Besitzer war nicht zu erzielen. Erst als die Arbeiterinnen die Arbeit verließen und dadurch der ganze Betrieb lahmgelegt wurde, erklärten die Herrn Kapitalisten sich bereit, mit den Organisationsleitungen zu verhandeln. Die geforderten Akkordsätze wurden zum größten Teil bewilligt. Von den Lohnarbeitern erhielten 16 Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes eine Lohnerhöhung von 2 bis 4 Pfennig die Stunde. — In allen Fällen, von denen wir berichteten, würden Erfolge nicht möglich gewesen sein, wenn nicht auch die Arbeiterinnen der Organisation angehört und ihre Pflicht getan hätten. Ihre gewerkschaftliche Organisation schreitet in Braunschweig gut vorwärts. Der Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes allein sind seit dem 1. Januar 205 weibliche Mitglieder beigetreten.

Ida Rauhe.

Beschlüsse des Dresdener Gewerkschaftskongresses betreffend Arbeiterinnenorganisation und Arbeiterinnenrechte. Nach einer überzeugenden Befürwortung der Genossin Baar nahm der Gewerkschaftskongress einstimmig eine Resolution des Zentralverbandes der Hausangestellten an, welche folgenden Wortlaut hat:

„Der achte Gewerkschaftskongress fordert die Gewerkschaftskarteile Deutschlands auf, die junge Organisation der Hausangestellten moralisch und materiell nach Kräften zu unterstützen, die Gründung von Ortsgruppen nach Möglichkeit zu veranlassen und sich besonders auch der Unterrichtung und Heranbildung geeigneter weiblicher Hilfskräfte anzunehmen.“

Den Kartellen wird weiter empfohlen, die Arbeiterschaft, deren Kinder in Dienst gehen, über die bestehenden Gesindeordnungen aufzuklären. Diese Unterstützung wird der Organisation der Hausangestellten wie der gesamten Arbeiterschaft von Nutzen sein.

Von dem Vorstand des Verbandes der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands und dem gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitee lag ein anderer Antrag vor, der für die Arbeiterinnen wichtig ist. Er lautet:

„Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frauen vom Schöffenamte und dadurch Arbeiterinnen und weibliche Angestellte von der Mitwirkung in den wirtschaftlichen Sondergerichten ausschalten, sind Veranlassung, auch in der Arbeiterversicherung — außer in der Krankenversicherung — den weiblichen Versicherten das aktive und passive Wahlrecht zu versagen.“

Auch der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, der in der Begründung ausdrücklich die Ausdehnung des Frauenwahlrechts auf alle Versicherungsträger in Aussicht stellte und mit dem Partien

Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung rechtfertigte, schaltet im Gesetz selbst diese Möglichkeit wieder aus.

Bei der großen Zahl der der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung unterstellten Arbeiterinnen, die durch die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Ausdehnung der Versicherungspflicht noch erhebliche Steigerung erfahren wird, ist die Beibehaltung der bisher geübten Praxis, welche die Frauen von der Mitwirkung in den Ehrenämtern der Arbeiterversicherung ausschließt, eine krasse Ungerechtheit. Sie ist nicht zu verstehen nach der dem Entwurf beigegebenen Begründung, um so weniger, als die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse schon beim Reichsvereinsgesetz dazu geführt haben, den Frauen größere politische Rechte zu gewähren.

Die starke Beteiligung des weiblichen Geschlechts am Erwerbsleben und die besonderen Bestimmungen für Frauen in den Arbeiterversicherungsgesetzen erfordern unbedingt die Mitwirkung der weiblichen Versicherten in der Rechtsprechung.

Der Kongress erneuert deshalb den schon 1908 gefaßten Beschluß, bei allen Gesetzen auf die Gewährung gleicher Rechte für beide Geschlechter hinzuwirken, und erwartet, daß die Regierung den Wünschen der Arbeiterschaft aus den von ihr selbst als notwendig erkannten Gründen in Zukunft Rechnung trägt.

Diesen Antrag erhob der Kongress ebenfalls einstimmig zum Beschluß. Die Begründung dazu war von Genossin Thiede in wirkungsvollen Ausführungen gegeben worden.

Der Resolution über die Heimarbeit wurde entsprechend dem Antrag des Genossen Sabbath folgender Zusatz eingefügt: „Der organisierten Arbeiterschaft macht es der Kongress zur Pflicht, die Bestrebungen zur Organisation der Heimarbeiter nach Kräften zu unterstützen, vor allem dafür zu sorgen, daß ihre gewerblich tätigen weiblichen Familienangehörigen sich ihrer Berufsorganisation anschließen.“

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Wieder einmal die Braunschweiger Polizei im Kampfe gegen die Dienstbotenorganisation. Die Braunschweiger Zahlstelle des Zentralverbandes der Hausangestellten hielt am 15. Januar dieses Jahres eine Versammlung ab, in der Genosse Wagner in einem Vortrag über „Die Frau und der bunte Rock“ die Geschichte und das Wesen des Militarismus klarlegte. Obwohl die Versammlung weder öffentlich noch politisch war, wurde sie polizeilich überwacht, und die Einberuferin, Frau Topfstedt, erhielt ein polizeiliches Strafmandat über 10 Mark, weil sie eine öffentliche politische Versammlung nicht angemeldet habe. Die beiden Polizisten Müller und Schulze, die die Versammlung überwacht hatten, erblickten den politischen Charakter der Veranstaltung in dem Schlusssatz des Vortrags, in dem der Referent aufgefordert haben soll, keinen Groschen für das Militär zu bewilligen. Frau Topfstedt beantragte gerichtliche Entscheidung, die am 19. Juli von dem Braunschweiger Schöffengericht gefällt wurde. Genosse Wagner wies als Zeuge nach, daß er einen kulturhistorischen und keinen politischen Vortrag gehalten habe. Zu einer Steuerverweigerung aufzufordern, sei ihm nicht eingefallen, er habe die Frauen und Dienstmädchen nur angehalten, sich nicht an militärischen Vergnügungen zu beteiligen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Jasper, erbrachte den Beweis, daß die Versammlung überhaupt nicht politisch war, und legte ausführlich dar, daß es sich um einen kulturhistorischen Vortrag gehandelt hatte. Der Amtsanwalt beantragte Freisprechung, weil das Referat nicht politisch gewesen sei. Der Gerichtshof gab dem Antrag des Verteidigers statt und erkannte auf Freisprechung unter Übernahme aller Kosten, auch die der Verteidigung, auf die Staatskasse. Das Urteil wurde damit begründet, daß das Referat in der Hauptsache kulturhistorisch gewesen sei und selbst dann noch nicht politisch geworden wäre, wenn der Referent am Schlusse einige politische Redewendungen gebraucht hätte. Die Braunschweiger Polizei ist also wieder einmal hereingefallen. Erst in Nr. 18 wurde über eine ähnliche Verhandlung berichtet. Uns kann es nur recht sein, wenn die Polizei mit gleichem Eifer wie feither fortfährt, die Organisation der Braunschweiger Hausangestellten zu fördern. Sie zu zertrümmern, das wird ihr nicht gelingen.

Rudolf Bogler.

Eine Warnung für alle Hausangestellten. Das achtzehnjährige Dienstmädchen Margarete Gutmann trat am 5. April vorigen Jahres bei dem Gärtnereibesitzer Häfner in Würzburg in Stellung. Es hatte den Haushalt in Ordnung zu halten, der zehn Personen umfaßte: das Ehepaar, zwei kleine Kinder, drei

Gärtnerburschen, zwei Zimmerherren und das Mädchen selbst. Zu seinen Obliegenheiten gehörte ferner alle Küchenarbeit für die zehn Personen, die Klein- und Großwäsche und „in der freien Zeit“ noch Gartenarbeit — eine Arbeitsmenge, die mehr als ausreißend ist, ein achtzehnjähriges Mädchen krank zu machen. Drei bis vier Wochen ging es leidlich, dann fand der Dienstherr an allen Leistungen der Bediensteten etwas auszufehen. Anstatt das Mädchen von der ungeheuren Arbeit zu entlasten, schimpfte er, und als das nichts half, entließ er am 18. Mai Margarete Gutmann ohne Einhaltung der Kündigungsfrist und ohne Zahlung einer Entschädigung. Erstreut, aus dem Haushalt herauszukommen, war die so schwer Geplagte mit der Entlassung einverstanden und erklärte: diese sei ihr gleichgültig, sie bekomme schon wieder eine andere Stelle. Trotz der Erklärung, deren rechtliche Folgen sie jedenfalls nicht kannte, klagte sie schließlich gegen den Gärtnereibesitzer auf Zahlung von 6,50 Mk. Lohn und 19,50 Mk. für Kost und Logis für 13 Tage. Das Amtsgericht sprach ihr die 26 Mk. zu. Der Gärtnereibesitzer legte Berufung beim Landgericht ein, daß dem Mädchen auf den Antrag des Beurteilten hin einen Eidzuschob, das Einverständnis mit der sofortigen Entlassung nicht gegeben, also die oben angeführte Auserkung nicht getan zu haben. Erst wollte das Mädchen nicht schwören, da es aber hörte, daß ein anderes Mädchen durch Eidesleistung in einer ähnlichen Sache zu seinem Gelde gekommen sei, entschloß es sich, der Aufforderung nachzukommen. Trotz aller Warnungen stürzte sich das unerfahrene junge Ding im Hinblick auf die Kosten, die ihm für den Rechtsanwalt usw. erwachsen, ins Unglück. Es gewann zwar den Prozeß, aber die Folge war eine Anklage wegen Meineid, über die kürzlich das Schwurgericht verhandelte. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage auf Meineid und bestrafte die Leichtfertigkeit eines unerfahrenen jungen Menschenkindes mit einem Jahr Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und dauernder Eidesunfähigkeit. Nicht einmal mildernde Umstände wurden der Angeschuldigten zugebilligt, zu denen ihre Jugend doch Grund genug gegeben hätte. Der traurige Fall ist eine Warnung für die Hausangestellten wie für alle Arbeiterinnen, sich nie mit einer zu Unrecht erfolgten Kündigungslosen Entlassung einverstanden zu erklären, mögen sie auch noch so froh sein, einen verhassten Arbeitsplatz auf diese Weise schnell verlassen zu können. In ihrem eigenen Interesse wie in dem ihrer Arbeitsschwester sollte es keine erwerbstätige Proletarierin unterlassen, den Arbeitgeber zu verklagen, der sich erlaubt hat, ihr gegenüber wider die Gesetze zu verstößen. Das bewahrt vor Schaden und trägt zur Erziehung der Ausbeuter bei. R. K.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Ausbeutung der Arbeiterinnen in der Braunschweiger Konervenindustrie. Die Konervenfabrik von Gebrüder Grahe in Braunschweig hat eine Betriebskrankenkasse. Die ist eigener Art. Solange die Arbeiter und Arbeiterinnen gesund sind und Beiträge zahlen, bleiben sie Mitglieder dieser Kasse. Werden sie jedoch krank und sind sie gezwungen, die Krankenkasse in Anspruch zu nehmen, so entläßt sie die Firma und stellt sie nicht eher wieder ein, als bis sie Mitglied einer anderen Kasse geworden sind. Eine Frau zum Beispiel, die 11 Jahre im Betrieb beschäftigt war, zog sich im letzten Jahre eine Verletzung des Knies zu. Sieben Wochen war sie krank und erwerbsunfähig und genötigt, Unterstützung aus der Betriebskrankenkasse zu beziehen. Als sie sich wieder zur Arbeit meldete, wurde ihr gesagt: „Sie können wieder anfangen, müssen jedoch erst Mitglied einer anderen Kasse werden.“ Ähnliche Fälle kommen oft vor. Die meisten Arbeiterinnen wissen bedauerlicherweise nicht, daß sie das Recht haben, Mitglied der Betriebskrankenkasse zu bleiben, auch wenn sie die Kündigung erhalten, sofern sie nur diese Absicht beim Austritt aus der Beschäftigung dem Kassenvorstand innerhalb einer Woche mitteilen. Würden alle Arbeiterinnen dieses Recht ausnützen, so könnte dem Unternehmer ein Strich durch seine Rechnung gemacht werden. — Während der diesjährigen Spargelernte haben die Konervenfabrikanten die Arbeitskräfte gehörig ausgebeutet. In einer Betriebsversammlung wurde scharfer Protest dagegen erhoben, daß junge Mädchen für ungenügenden Akkordlohn eine Arbeit machen mußten, welche sonst im Taglohn verrichtet wird. Auch über das unrichtige Abwiegen des geschälten Spargels in der Fabrik wurde vielfach Klage geführt. Wären alle Arbeiterinnen organisiert, so würden solche Mißstände nicht bestehen. Außerordentlich zu bedauern und zu tadeln ist es, daß Arbeiter anderer Berufe, wie Maurer, Holzarbeiter, Metallarbeiter usw., ihre Frauen nicht aufklären, die in der Konervenindustrie dem Erwerb nachgehen. Das ist ein Hemmnis für die Organisation der Arbeiterinnen in der Lebensmittelbranche. Um-

gekehrt müßten die selbst organisierten Arbeiter anderer Erwerbsgebiete alles tun, um ihre lohnarbeitenden weiblichen Angehörigen ihrer Gewerkschaft zuzuführen. In der Konservenindustrie tut die Ausdehnung und Kräftigung der Organisation bitter not, damit schreiende Übelstände bekämpft werden können. Jda Rauhe.

Heber Mißstände im städtischen Arbeitsnachweis zu Frankfurt a. M., die sich in letzter Zeit fühlbar machen, wurde am 7. Juli in einer Versammlung der Wasch- und Putzfrauen gellagt. Ein großer Teil der Frauen berichtete, daß die Arbeitsvermittlung nicht korrekt vor sich geht, sondern lediglich nach Gunst. Es kommt oft vor, daß Frauen wochenlang zum Arbeitsnachweis gehen und in der Zeit nicht mehr als einen oder gar nur einen halben Tag Arbeit nachgewiesen bekommen. Die meisten Besucherinnen des Arbeitsnachweises sind Witwen oder verheiratete Frauen, deren Männer krank und arbeitsunfähig sind, so daß auf den Frauen die ganze Last der Existenzsorgen ruht. Eine gut geleitete Arbeitsvermittlung muß diese Umstände berücksichtigen. Das geschieht aber in Frankfurt nicht. Die armen Frauen werden gegen stellenlose Dienstmädchen zurückgesetzt, die im Arbeitsnachweis wohnen und leicht wieder in eine Stellung gebracht werden könnten. Mütter, die Tag für Tag mit der Hoffnung nach dem Arbeitsnachweis gehen, Arbeit zu erhalten, um Brot für ihre hungernden Lieblinge kaufen zu können, gehen ebenso oft enttäuscht wieder fort. Sehr gellagt wurde über die sonderbaren Umgangsformen der Frau Schmid, die die Arbeitsvermittlung mit einem jungen Mädchen besorgt, das ebenfalls ziemlich schnippisch sein soll. „Ihr Hores, macht, daß ihr heimkommt!“ so werden die arbeitssuchenden Frauen angefahren. Frau Schmid scheint sich nach der Schilderung der Versammlungsteilnehmerinnen als Herrgott zu fühlen. Für die Existenzbedingungen der Arbeitsuchenden belundet sie wenig Verständnis. Sie scheute sich zum Beispiel nicht, den Frauen zu sagen: „Ich bin der Meinung, 2 Mk. sind genug für euch, und mehr wie 30 Pf. für Abendbrot habt ihr nicht zu fordern, ich gebe meiner Waschfrau auch nicht mehr.“ Wie man sich für 30 Pf. abends ausreichend beschäftigen kann, noch dazu in dem teuren Frankfurt a. M., das würden die Wasch- und Putzfrauen gern erfahren. Solange sie es nicht wissen, ist es ihnen nicht möglich, für 30 Pf. ihren ermüdeten und ausgehungerten Körper genügend zu kräftigen, zumal da sie oft genug mittags keine ausreichende Mahlzeit erhalten. Erfahrungsgemäß wird bei Wasche, Wohnungsreinigung usw. meist wenig und billig gelocht. Haben die Frauen aber nicht die Kraft, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen, so teilen die Arbeitgeber dem Arbeitsnachweis mit, daß sie die betreffende Arbeiterin nicht mehr zugewiesen wünschen. Verdienen die Frauen in ihrer Notlage nicht genug für den Unterhalt der Familie, so müssen sie die Armenverwaltung oder einen Wohltätigkeitsverein in Anspruch nehmen. Dadurch wird ihnen das Leben noch mehr zur Qual, als es ohnedies schon der Fall ist, denn es ist nicht bloß demütigend, sondern oft auch recht schwer, Unterstützung zu erlangen. Obgleich der ortsbliche Tagelohn 2,50 Mk. beträgt, bietet Frau Schmid doch bei Anfragen die Wasch- und Putzfrauen durch das Telephon manchmal für 2 Mk. an. Noch eine ganze Reihe anderer Beschwerden wurden in der Versammlung erhoben. Die Frauen verlangen, daß keine Arbeit unter 2,50 Mk. pro Tag mit Mittagessen sowie 50 Pf. für Abendbrot vermittelt wird. Die Arbeitszeit soll nicht mehr als zehn Stunden betragen. Die Putz- und Waschfrauen fühlen sich zu dieser Forderung um so mehr berechtigt, als ihnen die größten und schwersten Arbeiten zugewiesen werden. Wer diese nicht bezahlen wolle, solle sie selbst machen. Ein Mitglied des Ausschusses der Beschwerdekommision, die von den Gewerkschaften gewählt wird, war in der Versammlung; hoffentlich werden die hervorgehobenen Mißstände bald beseitigt. Erfreulicherweise schlossen sich die anwesenden Putz- und Waschfrauen bis auf wenige Ausnahmen der Organisation der Transportarbeiter an. Wenn erst die Mehrzahl dieser Ausgebühten organisiert ist, werden sie in der Lage sein, sich zu erlämpfen, was ihnen jetzt noch viel zu oft vorenthalten wird: anständige Bezahlung und Behandlung. G. Schulze.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Ein kommunaler Kindergarten wurde in Nürnberg errichtet. Die Unterzeichnete hatte als Mitglied des Ausschusses für Armenanstalten der Stadt Nürnberg Gelegenheit, näheren Einblick zu erhalten in die jämmerlichen Zustände und die Angulänglichkeiten der kommunalen Armenpflege. So wurden unter anderem in einem einzigen Armenhause gegen 100 Kinder in grenzenloser Körperlicher und moralischer Verwahrlosung angetroffen. Die Eltern waren durch Not und Elend zu sehr heruntergekommen, als daß man von ihnen eine gute Erziehung ihrer Kinder hätte erwarten oder ver-

langen können. Die Unterzeichnete gellelte scharf diese erbärmlichen Verhältnisse und brandmarkte die Versündigung, deren sich die Gemeinde durch ihre Untätigkeit in solchen Fällen schuldig macht. Sie verlangte als nächste Fürsorgemaßregel die Errichtung eines Kindergartens, um die Kleinen am Tage dem Einfluß ihrer traurigen Umgebung zu entziehen. Der Armenausschuß hat daraufhin nunmehr einen Kindergarten errichtet und daran eine praktisch geschulte Kindergärtnerin angestellt. Die Kindergärtnerin hat die Aufgabe, vormittags die Kleinen von 2 bis 6 Jahren zu beschäftigen und sich nachmittags der schulpflichtigen Kinder mit Mat und Lat anzunehmen. Es wäre zu wünschen, daß andere Städte das Beispiel Nürnberg bald nachahmten. Helene Grünberg.

Die unentgeltliche Geburtshilfe im Kanton Schwyz ist nun eingeführt worden, dank dem immer wiederkehrenden Drängen unseres Genossen Wattenhofer, der als einziger sozialistischer Vertreter in diesem Landesparlament sitzt. In diesem Falle ist die Einführung um so bemerkenswerter, als es sich um einen durchweg ländlichen Kanton, um ein Bauernparlament handelt. Wenn selbst im Kanton Schwyz die Notwendigkeit der Neuerung erkannt wird, wie beschämend ist es dann, daß noch immer so viele städtische, aufgellakt sein wollende Kommunalpolitiker in der Einführung unentgeltlicher Geburtshilfe ein Stück roten Zukunftsstaats erblicken! Und wie müssen sich erst die deutschen Gesetzgeber schämen, die bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung es abgelehnt haben, daß die Gewährung unentgeltlicher Hebammenhilfe den Krankentassen als Pflichtleistung auferlegt worden ist. Natürlich gilt die Inanspruchnahme der unentgeltlichen Geburtshilfe im Kanton Schwyz nicht als „Armenunterstützung“. Auch der kinderreichste Vater verliert ihr zur Folge nicht sein Wahlrecht. Von Städten haben in den letzten 1 1/2 Jahren außer Zürich — worüber wir berichtet haben — auch Zug, Aarau, Lausanne, Bern und Neuenburg die unentgeltliche Geburtshilfe eingeführt. Wie man sieht, marschiert auch bei der Durchführung dieser bescheidenen, selbstverständlichen Reform Deutschland nicht in der Welt voran. r. a.

Strafrecht.

Die Ehebruchsparagraphen des französischen Strafrechts. Die Justizkommission der französischen Kammer hat beschlossen, die Reform einiger der veraltetsten Bestimmungen des Code pénal zu beantragen, die den Ehebruch betreffen. Zwar geht sie in der Verurteilung noch nicht so weit, um dem Ehebruch den Deliktcharakter zu nehmen, aber immerhin will sie die Ungleichheit der Straffanktion beseitigen, die bisher für den Mann nur in einer Geld-, für die Frau aber auch in einer Freiheitsstrafe bestand. Es ist anzunehmen, daß diese Reform nur ein Übergang zur Aufhebung des „Delikt“ Ehebruch überhaupt sein wird, denn daß die Verurteilung der „Schuldigen“ zu einer Buße von 25 oder 100 Fr. weder eine „Genugtuung“ für den hintergangenen Gatten noch eine „Strafe“ für den untreuen ist, wird kein verständiger Mensch bestreiten können. — Wichtigter noch ist die Aufhebung des Artikels 324 des Strafgesetzes, der dem betrogenen Ehegatten für die Vötung der in der ehelichen Wohnung in flagranti ertappten Gattin und ihres Liebhabers die Strafflosigkeit zubilligt. Leider ist zu fürchten, daß die Abschaffung der ungeheuerlichen Bestimmung in vielen Fällen wirkungslos bleiben wird, in der noch die altömische Barbarei des dem pater familias zustehenden Rechts über Leben und Tod seiner Hausgenossen fortlebt. Und das dank der Rücksichtslosigkeit der Bourgeoisgeschworenen, die es noch immer mit der Moral des „Töte sie!“ halten, welche vom jüngeren Dumas auf die Bühne gebracht worden ist. o. p.

Frauenbewegung.

Die Frage des Gemeindevahlrechts der Frauen auf dem siebten bayerischen Frauentag zu Würzburg. Zu unserem Bericht über diese Tagung bürgerlicher Frauenrechtlerinnen ist uns folgende „Berichtigung“ zugegangen:

In Nr. 20 der „Gleichheit“ wird die Behauptung aufgestellt, daß meine Ausführungen über die Rechte der Frau in der Gemeinde auf der Tagung des Verbandes Bayerischer Frauenvereine in Würzburg in der Forderung lediglich des aktiven Wahlrechts der Frau in der Gemeinde gegipfelt hätten. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Wahr ist vielmehr, daß ich, wie mein Manuskript ausweist, auch das passive Wahlrecht gefordert habe. Ich habe wörtlich gesagt: „daß die Frauen nur dann, wenn sie in den Gemeindepardamenten ihre Interessen selbst vertreten, verhindern können, daß alle anderen schwer errungenen Rechte innerhalb der Gemeinde ihnen eines Tages wieder genommen werden.“

Dr. Elisabeth Atmann-Gottschewer.

Diese Einsendung hat uns selbstverständlich veranlaßt, unseren Mitarbeiter zu ersuchen, seine Notizen und seine Erinnerungen zu prüfen, ob Frau Altmann-Gottheimer zu Recht oder Unrecht den Satz seines Berichtes bestritten. Wie er uns mitteilt, findet er weder in den einen noch den anderen eine Spur davon, daß in dem fraglichen Referat die Forderung des passiven Frauenwahlrechts in nicht zu übersehender Weise mit Nachdruck vertreten worden wäre. Auch uns eingeschickte Berichte der Würzburger Tagespresse schweigen sich über diesen Punkt aus. Der von Frau Altmann-Gottheimer angezogene Passus ihres Manuskripts ist kein einwandfreies Zeugnis dafür, daß sie die Wählbarkeit der Frauen zu den Gemeindevertretungen tatsächlich gefordert hat. Die Dame hat zu den wenigen Rednerinnen der Tagung gehört, die ihre Ausführungen frei vortrug. Da kann ihr leicht geschehen sein, was auch anderen schon passiert ist: daß im Eifer des Gefechts der angeführte Satz unter das Rednerpult gefallen ist. Doch wie dem auch sei, jedenfalls ist dieser eine Satz als Begründung einer so grundlegenden Forderung, wie es das passive Frauenwahlrecht ist, herzlich mager. Wäre dem nicht so, so hätte über die Stellung der Referentin nicht einmal der leiseste Zweifel entstehen können. Uns will daher bedünken, daß Frau Altmann-Gottheimers Einsendung weniger eine „Berichtigung“ ist, als vielmehr eine notwendige Erklärung, wie diese frauenrechtlerische Führerin zur Frage des passiven Wahlrechts der Frau in der Gemeinde steht.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Eine Frau als Forscherin im Dienste einer Regierung. Mit Studien im Papualand hat die australische Regierung eine Frau betraut. Die Untersuchungen sollen feststellen, welche Aussichten im Papualand (Britisch Neuguinea) für Anstiedler vorhanden sind. Die Forschungsergebnisse sollen in einem Werke niedergelegt werden, das die Regierung veröffentlicht.

Die Zulassung der Frauen zu allen Beamtenstellen in Island fordert ein Gesetzentwurf, dem das Unterhaus bereits seine Zustimmung gegeben hat. In Zusammenhang mit dieser Reform der Frauenrechte sieht der nämliche Gesetzentwurf eine Erweiterung der Frauenbildung vor. Er gewährt den Frauen das Recht, sämtliche Lehranstalten des Landes zu besuchen und die dort vorgeschriebenen Examen zu bestehen. Island hat bis jetzt keine Universität, wird sie aber noch im Laufe dieses Jahres erhalten, und es versteht sich, daß das weibliche Geschlecht auch zu den Universitätsstudien als vollberechtigt zugelassen werden soll. Wenn das isländische Oberhaus dem Entwurf beitrifft, so ist im Lande die volle Gleichberechtigung der Geschlechter in bezug auf höhere Bildung und Berufstätigkeit verwirklicht.

Frauen als Mitglieder einer kommunalen Studienkommission sind von der Stadt Kopenhagen berufen worden. Diese entsendete eine solche Kommission nach Deutschland, um in Dresden die Hygiene-Ausstellung zu besuchen und hervorragende kommunale Einrichtungen kennen zu lernen. Der Kommission gehören außer 8 männlichen auch 3 weibliche Stadtverordnete an, eine Sozialdemokratin, eine bürgerlich radikale und eine Konservative.

Verschiedenes.

Kieler Feste. Kiel hat im Zeichen der Festlichkeiten gelebt. Die Flugwoche haben wir hinter uns und dann die „bekannte Kieler Woche“, die wie gewöhnlich mit großem Lamtam eingeleitet wurde. Alle diejenigen, die materielle Vorteile aus der Kieler Woche ziehen, hatten sich auf das „Ereignis“ vorbereitet. In den Geschäften, die man in der kapitalistischen Welt „vornehm“ nennt, hatten die Angestellten alle Hände voll zu tun, denn es kamen die „gnädigen Frauen“ der Offiziere und anderer Schichten der besitzenden Klassen, um ihre großen Einkäufe für die Kieler Woche zu machen. Die Damen brauchten neue Kleider, Ball- und Salonschuhe und tausenderlei eleganten, modischen Trödel, der ihre „holbe Weiblichkeit“ verschönen sollte. Wollte man doch den auswärtigen Gästen gefallen, die in der Kieler Woche bei den offiziellen Festlichkeiten zusammenströmen. Die raffiniertesten Mode- und Toilettenricks werden zu diesem edlen, weiblichen Zweck aufgeboten und das Geld spielt dabei gar keine Rolle. Aber neben dem Glanz, dem Flirt und Tand, der Genußsucht und der Verlogenheit der offiziellen, der vornehmen Welt trotz das krasse, tiefe, namenlose Elend hervor, um sich ebenfalls für die Kieler Woche zu schmücken. Auch die Prostitution legte Festtagskleider an, um die fremden Männer zu locken, zu fesseln, auch sie wollte ihr „Geschäft machen“. Der Eingang zu den Bordellstraßen war im Stile der Geschäftshäuser mit Fähnchen und Blumen geschmückt. Ob die vornehmen Damen, die in diesen Tagen flirten

und kokettierten, etwas von dem neben ihnen wuchernden Elend der „Dirnen“ ahnten? Wohl kaum, und wenn ja, so würden sie doch nur mit Verachtung und Ekel auf die herabblicken, zu denen die Männer, auch Männer ihrer Gesellschaftssphäre, und gerade dieser gehen, um Stunden künstlicher Liebe zu genießen. Die offiziellen Festlichkeiten zeigen kras und ohne moralische Verhüllung den häßlichen Bodensatz der korruptierten kapitalistischen Gesellschaft. Das Dirnentum blüht und gedeiht mit dem Kapitalismus und den Profitten seiner Nutznießer. Da es sich in den meisten Fällen um Töchter des Volkes handelt, die dem tiefen Elend der Prostitution verfallen, so ist es auch Aufgabe der Frauen des Volkes, sich nicht schauernd von den unglücklichen Opfern der Gesellschaft abzuwenden, sondern den Blick auf ihre Not zu wenden, die Ursachen ihres Absturzes in die gesellschaftlichen Tiefen zu begreifen und ihnen entgegenzuwirken durch Reformen, welche die Not der Massen lindern und die Stellung der Frau, besonders der arbeitenden Frau heben. Wir sind uns zwar klar darüber, daß die Prostitution als Kind des Privateigentums erst mit ihm zusammen verschwinden kann, doch dürfen wir nicht achtlos an diesem Schandfleck der Gesellschaft vorübergehen. Er muß uns aneifern, unerbittliche Kritik an der kapitalistischen Ordnung zu üben und mit allen Kräften dahin zu wirken, daß an ihre Stelle eine neue, bessere Ordnung der Dinge tritt, die Ordnung des Sozialismus. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden durch den Anschluß aller Frauen des arbeitenden Volkes an die Sozialdemokratie. — Aber noch eine andere Festlichkeit, die mit großer Kellame eingeleitet wurde, appelliert an das Nachdenken der proletarischen Frauen und Mütter. Wie in vielen anderen Städten Deutschlands, so hatte die bürgerliche Wohltätigkeit auch in Kiel ihren Blumentag. Sie kümmernte sich nicht darum, daß an den weißen zarten Blumen, die man in jedem Geschäft liegen sah, das Blut und die Tränen Ausgebeuteter liehen. Die Blumen werden ja größtenteils in der Heimindustrie hergestellt, und hier sind die Löhne der Arbeiterinnen so schauerhaft niedrig, daß Hunger und Schande Tür und Tor geöffnet ist. Der Erlös des Blumenverkaufs sollte in Kiel wie anderwärts auch nach Abzug all der vielen großen und kleinen Unkosten Kranken und sterbenden Säuglingen des Proletariats zugute kommen. Im Reichstag erhöhte die Majorität der bürgerlichen Gesetzgeber bei der Schaffung der Reichsversicherungordnung den Jammer, das Recht der Mütter und Kinder. Blumentage sollen das Elend zudecken, das die bürgerliche Gesellschaft entstehen läßt, sie sollen das Gewissen der Besitzenden betäuben. Die großen Plakate und Annoncen des Wohltätigkeitsunternehmens zeigten unbewußt recht drastisch, was hinter dem Blumentage steckte. Auf schwarzem Grund — sollte es das furchtbare Elend der Säuglingssterblichkeit darstellen? — sah man eine Wiege, die mit Blumen ganz überdeckt war, wahrscheinlich damit niemand das darin liegende halbverhungerte und sieche Kind des Proletariats erblickt. Kein noch so üppiger Blumenkor kann das graue Gespenst der Not verschrecken, das uns in der Heimarbeit, in der Säuglingssterblichkeit entgegentritt. Nur der bewußte Klassenkampf des Proletariats kann das tun. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Ausgebeuteten nehmen tapfer den Kampf gegen die Pein der ausgebeuteten Frauen und für ihr volles Recht auf; sie wenden sich auch gegen die Ungeheuerlichkeit des Kindsmords, dessen die kapitalistische Gesellschaft sich schuldig macht. Die Reformen, die sie erstreben, können allein der Kindersterblichkeit wirksamer begegnen, als alle Blumentage zusammen genommen. Es ist übrigens bekannt, in welchem hohen Maße diese Veranstaltungen dem Amusement, der Gesalbsucht nichttätender Dämchen dienen, die für ihre Toiletten mehr ausgeben, als für die Notleidenden zusammengebetelt wird. Dabei kommt auch noch — wie bei der Herstellung der Blumen — das Kapital zu seinem Profit. In einem Geschäftshaus der Dänischen Straße zum Beispiel waren „Kleider für den Blumentag“ ausgestellt, von denen manche „nur“ 1200 Mk. kosteten! Die Tatsache allein muß zu denken geben! Ob sich wohl unter den Blumenverkäuferinnen, die in einem eleganten Kostüm als Wohltäterinnen paradierten, eine einzige gesunde hätte, die bereit gewesen wäre, zugunsten der kränklichen Kinder auf eine neue Toilette zu verzichten? Die proletarischen Frauen können nicht nachdrücklich genug gegen den groben Anflug der Blumentage protestieren. Sie können aber auch nie mit zu großer Energie gegen die kapitalistische Ordnung kämpfen, deren Wesen Ausbeutung und Unterdrückung ist und damit Not und Jammer für die Ausgebeuteten und Unterdrückten, und deren Nutznießer statt großzügiger Reformarbeit nur Almosen kennen, die obendrein recht häufig durch Heuchelei beschmutzt werden. c. t.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Gettin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. S. W. Metz Nachf. S. m. b. H. in Stuttgart.